ibs
Info-und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus
im NS-DOK der Stadt Köln

Newsletter April 2021

Editorial ..... **S. 1**
Veranstaltungen des NS-Dokumentationszentrums ..... **S. 2**
Weitere Veranstaltungen ..... **S. 3**
Veröffentlichungen, Projekte, Wissenswertes ..... **S. 17**
Neu in der Bibliothek ..... **S. 27**
Am rechten Rand ..... **S. 28**
Bildnachweise und Impressum ..... **S. 30**

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

vor wenigen Wochen wurde der Landtag in Baden-Württemberg gewählt. Neben der christlich-fundamentalistischen Kleinstpartei „Bündnis C“ und den im Umfeld der „Corona-Proteste“ gegründeten „WiR2020“ und „DieBasis“, die für ein rechtsaffines Publikum im weitesten Sinne hätten attraktiv sein können, gab es dabei eigentlich nur eine nennenswerte Organisation im Spektrum der Rechtsaußen-Parteien: Die Alternative für Deutschland. Nachdem diese 2016 mit 15,1 Prozent ihr bestes Ergebnis in einem westlichen Bundesland geholt hatte, musste sie nun 5,4 Punkte weniger hinnehmen und verliert ihre Position als drittstärkste Kraft im Landtag. Dieser Verlust verschärft den Streit zwischen dem radikal völkischen und dem „gemäßigt“ rechten Flügel in der Partei. Dabei zeigt das Beispiel des süddeutschen Bundeslandes, dass trotz etlicher Skandale immerhin noch knapp zehn Prozent möglich sind. Da ist der Antisemit Wolfgang Gedeon, der erst nach langem Ringen und einer Spaltung und Wiedervereinigung der baden-württembergischen Fraktion aus der AfD ausgeschlossen wurde. Mit ihm im Landtag hatte Stefan Räpple gesessen, der anlässlich des Holocaust-Gedenktages 2020 „Schluss mit dem Schuldkult“ forderte und vielfach auf extrem rechten Demonstrationen, u.a. im August 2020 in Köln, auftrat. Auch er musste zwischenzeitlich die AfD verlassen.
Doch auch die Verbliebenen weisen extrem rechte Bezüge auf: Der Spitzenkandidat der AfD, Bernd Gögel, sprach 2018 mit Blick auf „mindestens 20 Millionen Nachkommen von Familien aus den ostdeutschen Gebieten“ davon, dass „diese Heimat […] noch nicht für alle Zeiten verloren“ sei. Gögel taucht mit diesem revanchistischen Zitat im Verfassungsschutzgutachten zur AfD auf – ebenso die wiedergewählte MdL Christina Baum, die Begriffe wie „Bevölkerungsaustausch“ und „Umvolkung“ zu ihrem politischen Repertoire zählt. Und auch bei anderen Kandidaten, die sich zur Wahl stellten, gibt es demokratiefeindliche Haltungen: Dubravko Mandic, der freundschaftliche Verbindungen zum ehemaligen Kölner AfD-Vorsitzenden Roland Quinten pflegte, warb nach den HoGeSa-Ausschreitungen in Köln 2014 um Verständnis dafür, „wenn ein paar von uns versuchen, mit besorgten Hooligans zu demonstrieren“. Der Landtagskandidat Nikolaos Boutakoglou hatte nach Recherchen des Magazins monitor 2016 in Facebook-Kommentaren Adolf Hitler gelobt: „‘Arbeit macht frei‘ hat mal ein Deutscher Mann (der letzte wahre Deutsche Politiker mit Eier in der Hose) gesagt.“ (Boutakoglou spricht von Fälschungen auf seinem Profil). Steffen Degler, zeigt mit einem Schriftzug auf einem Facebook-Foto seine Nähe zur antisemitischen QAnon-Bewegung. Diese Liste ließe sich weiterführen.

Im Gegensatz zur letzten Landtagswahl schweigen die Funktionäre der NRW-AfD zu Baden-Württemberg. Die Vertreter völkisch-nationalistischer Positionen werden sich jedenfalls auch an Rhein und Ruhr ermutigt fühlen. So müssen die Entwicklungen weiter beobachtet werden.

Hans-Peter Killguss,
Leiter der Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus

Veranstaltungen des NS-Dokumentationszentrums

Der Besuch des NS-Dokumentationszentrums ist nach Voranmeldung und mit negativem Testergebnis möglich (Stand: 1. April 2021). Maximal können 80 Personen das Haus in einem Zeitfenster von zwei Stunden gleichzeitig besuchen.

Ein Besuch ist möglich, wenn ein zusätzlich zu einem telefonisch oder online reservierten Zutritt auch der Nachweis eines negativen Corona-Tests vorliegt. In den Museen selbst werden keine Tests durchgeführt und wird auch nicht die Durchführung von Selbsttests überwacht. Akzeptiert werden alle offiziellen Corona-Tests mit zertifiziertem Nachweis des Testergebnisses. Dieser Nachweis darf nicht älter als 24 Stunden sein. Er muss in Form eines Zertifikats dem Einlasspersonal einmalig vorgelegt werden.
Das Zertifikat muss personengebunden und auf den Namen des betreffenden Gastes ausgestellt sein, der das Museum besucht. Kinder benötigen ein Negativ-Test-Zertifikat, sobald sie schulpflichtig sind. Kinder vor Schulpflicht benötigen dies nicht. Geimpfte Personen brauchen ebenfalls ein Negativ-Test-Zertifikat.

Eine Übersicht mit Teststationen, die auch kostenlose Tests anbieten, sowie weitere behördliche Informationen zum Thema Tests hier: www.stadt-koeln.de/artikel/69437/index.html und www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf53/teststellen_koeln.pdf

Es gelten zusätzlich weiterhin die bekannten Abstands- und Hygieneregeln.

Sämtliche Ausstellungsbereiche können besichtigt werden: Dauerausstellung, Gedenkstätte und die Sonderausstellung „Einige waren Nachbarn: Täterschaft, Mitläufertum und Widerstand während des Holocaust“ des United States Holocaust Memorial Museum (die noch bis 30. Mai gezeigt wird).

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!
Melden Sie sich jetzt online an:
https://museenkoeln.de/portal/Anmeldung-zum-Museumsbesuch/anmelden.aspx?a=1158

Anmeldung telefonisch: Montag bis Freitag von 10 bis 18 Uhr sowie Samstag und Sonntag von 11 bis 18 Uhr unter der Nummer 0221/221-24340.

Bitte informieren Sie sich über aktuelle Entwicklungen unter: www.nsdok.de.

Portale, 360-Grad-Rundgang und Recherche: Das NS-DOK in der digitalen Welt Online-Vortrag, Freitag, 23. April 2021, 15 Uhr

Das NS-DOK hat in den letzten Jahren eine umfangreiche digitale Struktur aufgebaut, um seine Inhalte und Themen auch im WorldWideWeb zu präsentieren: Längst findet sich die Dauerausstellung auch im virtuellen Raum, verschiedene thematische Portale von der „Erlebten Geschichte“ bis hin zu „Jugend 1918 – 1945“ präsentieren umfangreiches Material sowie Hintergrundinformationen und Online-Kataloge oder Dokumentationen bieten zahlreiche Recherchemöglichkeiten.

Lernen Sie in dieser Online-Veranstaltung die verschiedenen digitalen Angebote des NS-DOK kennen, erhalten Sie Tipps und Hinweise zu deren Nutzung und tauschen Sie sich mit dem zuständigen Referenten über die digitalen Perspektiven in der Bildungs- und Vermittlungsarbeit aus.

Referent: Dr. Dirk Lukaßen

Teilnahme: kostenfrei

Anmeldung bis 18.04.2021 unter:
https://museenkoeln.de/portal/kurs_buchen.aspx?termin=35462&inst=14

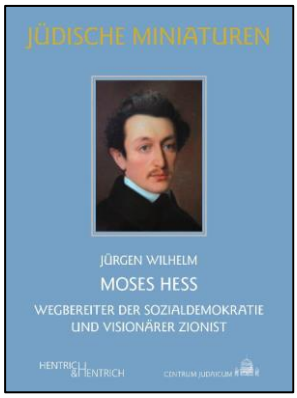
Nach erfolgreicher Anmeldung erhalten Sie den Zugangslink zur Videoplattform BigBlueButton mit allen notwendigen Informationen per Mail.

Weitere Veranstaltungen

Aufgrund des aktuellen Infektionsgeschehens werden Veranstaltungen im April 2021 wahrscheinlich nur online stattfinden können. Bitte informieren Sie sich auf den Kanälen der Veranstalter*innen über die aktuellen Entwicklungen.

Moses Hess. Wegbereiter der Sozialdemokratie und visionärer Zionist

Online-Lesung, Dienstag, 6. April 2021, 19 Uhr



Die Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und Germania Judaica laden ein: „*Jürgen Wilhelm wird sein neues Buch 'Moses Hess. Wegbereiter der Sozialdemokratie und visionärer Zionis' vorstellen. Im Anschluss an die Lesung wird es eine Frage- und Diskussionsrunde geben.*

Moses Hess (1812-1875) ist einer der brillantesten Köpfe des 19. Jahrhunderts. Aus einem orthodoxen jüdischen Haushalt in Bonn stammend, entflieht er als junger Mann den Beschränkungen seines geistigen und gesellschaftlichen Umfelds. Hess vertritt früh revolutionäre Ansichten, beeinflusst Marx und Engels in entscheidender Weise, löst sich jedoch später von deren theoretischer Perspektive und wird durch die Bekanntschaft mit Ferdinand Lassalle zu einem der ersten Sozialdemokraten. In seinem berühmten Spätwerk 'Rom und Jerusalem' plädiert er dreißig Jahre vor dem politischen Zionismus für einen jüdischen Staat in Palästina.

Der Referent, Prof. Jürgen Wilhelm, ist Vorsitzender der Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und Herausgeber zahlreicher Publikationen."

Die Veranstaltung ist kostenfrei und wird über den YouTube-Kanal der Kölnischen Gesellschaft gezeigt:
https://www.youtube.com/watch?v=hpTm_y8w1FY&feature=youtu.be

Sind Algorithmen diskriminierend?

Online-Vortag, Dienstag, 6. April 2021, 18 Uhr

VHS Oberberg und das Netzwerk gegen Rechts im Oberbergischen Kreis laden ein: „*Ob unter anderem in der Personalauswahl, beim Onlinedating oder in der vorausschauenden Polizeiarbeit, Algorithmen und sogenannte Künstliche Intelligenz (KI) werden heute aufgrund der erhofften Vorteile immer häufiger und in immer mehr Lebensbereichen eingesetzt. Ihr Einsatz führt jedoch nicht unbedingt zu objektiveren oder neutraleren Entscheidungen. Im Gegenteil häufen sich die Beispiele von Diskriminierung durch ihre Anwendung.*

*Welche Diskriminierungspotentiale stecken in sogenannter Künstlicher Intelligenz? Welche Beispiele gibt es für Diskriminierung durch Algorithmen? Was ist notwendig, um sie fairer zu gestalten, sodass viele und nicht nur ein paar wenige von ihrer Anwendung profitieren und keine*r mehr benachteiligt wird?*

ALGORITHM WATCH

Diesen und weiteren Fragen wird sich Jessica Wulf von AlgorithmWatch in der Online-Veranstaltung via Zoom widmen."

Teilnahme: kostenfrei

Anmeldung unter:
https://www.vhs-oberberg.de

Patriarchale Gewalt als Klammer feministischer Kämpfe?

Online-Vortrag, Mittwoch, 7. April 2021, 18 Uhr

Das Autonome Frauen*Lesben Referat Köln lädt ein: „*Spätestens seit den von Mittel- und Südamerika ausgehenden Ni Una Menos-Protesten rückt patriarchale Gewalt erneut ins Zentrum feministischer Aktivismen. Unter anderem setzt sich, auch im deutschsprachigen Raum, langsam der Begriff des Femizids oder Feminizids durch, um patriarchale Gewalt zu benennen. Er bezeichnet die Morde an Frauen*, Lesben, inter-, trans- und nicht-binären Personen und weist auf die hinter der Tötung liegende Gewaltstruktur hin: Sie werden ermordet, weil sie feminisierte oder queere Personen sind.*

Aber es gibt auch Kritik an der deutschsprachigen Rezeption der Debatte um Feminizide und ihrem verkürzten Verständnis von patriarchaler Gewalt: Es scheint, als würden zwar Morde thematisiert, nicht aber gewaltvolle Arbeitsverhältnisse und Strukturen sowie allgegenwärtige Mikroaggressionen. Zudem wird patriarchale Gewalt vor allem dort benannt, wo cis-weibliche Personen Opfer sind. Intersektionale, hetero- und cisnormative Formen patriarchaler Gewalt bleiben zu oft unsichtbar und werden entnannt.

*Was unter den Begriffen Feminizid sowie patriarchale Gewalt verstanden wird, ist daher innerhalb feministischer Kontexte umstritten und umkämpft. Nicht umsonst entspinnen sich entlang ihner zentrale Konflikte aktueller feministischer Bündnispolitiken: Wessen Anliegen stehen im Zentrum feministischer Politik? Wer sind die Akteuer*innen feministischer Kämpfe? Welche Ausschlüsse und Auslassungen produzieren feministische Politiken, indem sie bestimmte Kämpfe fokussieren?*

In dem Workshop setzen wir uns mit unseren Erfahrungen und Gedanken zu feministischen Bündnispolitiken um die Begriffe Feminizid und patriarchale Gewalt auseinander. Wir versuchen, gemeinsam ein umfassenderes und nicht-essentialistisches Verständnis von patriarchaler Gewalt und Femi(ni)zid zu entwickeln. Dieses soll intersektionale und queer_ sowie trans_inklusive feministische Bündnispolitiken und Protestformen um Gewalt gegen feminisierte Personen und Communities ermöglichen. Die Referentinnen, Miles Lila und Zoë Chamonix, sind in unterschiedlichen feministischen und trans_feministischen Kollektiven in Wien organisiert und forschen zum Verhältnis von Geschlecht, Gewalt und Kapitalismus.“

Teilnahme: kostenfrei

Anmeldung unter:
aflrkoeln@riseup.net

KriegsROMAn. Die Geschichte einer Familie

Online-Lesung und Gespräch, Donnerstag, 8. April 2021, 18.30 Uhr

Bildung und Kultur im Rom e.V. (RomBuk) lädt anlässlich des Weltromatages ein: „*Die österreichische Autorin Katharina Graf-Janoska liest aus ihrem Debütroman ‚KriegsROMAn. Die Geschichte einer Familie.’ Darin wirft sie einen Blick in die Vergangenheit und erzählt die Geschichten zweier Familien, die zu einer wurden: Es ist die Geschichte einer Rom:nja und einer Nicht-Rom:nja-Familie. Es ist die Familiengeschichte der Autorin, die sie zu dem Menschen gemacht hat, der sie heute ist. Im Anschluss an die Lesung findet ein Gespräch mit der Autorin statt und es gibt für das Publikum die Möglichkeit, Fragen zu stellen.*

Zur Autorin: Katharina Graf-Janoska ist österreichische Autorin, Literaturwissenschaftlerin, Moderatorin, Aktivistin und Verlegerin. Sie studierte Vergleichende Literaturwissenschaft und Philosophie, gründete den Buchverlag Bu&Bu und moderiert seit 2015 die Sendung des Minderheitenmagazins ‘Servus, Szia, Zdravo, Del tuha’ des ORF. Neben ihrem Debütroman ‘KriegROMAn’ erschien bereits 2015 das wissenschaftliche Buch ‚Literatur von und über Roma. Unterscheide und Gemeinsamkeiten.‘“

Anmeldung unter: rombuk@romev.de

Jüdische Geschichte und Gegenwart in Deutschland

Fachtagung, Montag/Dienstag, 12./13. April 2021

MiQua. LVR-Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln lädt ein: „*Die Tagung möchte aktuelle Fragestellungen zu Vergangenheit und Gegenwart jüdischen Lebens in Deutschland in einem interdisziplinären Diskurs beleuchten. Dabei sollen unterschiedliche soziale Phänomene und Themen aus Politik und Geschichte, Kultur und Religion erörtert werden*.“

Anmeldung erforderlich unter:
Franziska.Gradl@lvr.de

Vollständiges Programm zur Tagung unter:
https://miqua.files.wordpress.com/2021/03/tagungsprogramm_juedische-geschichte-und-gegenwart-in-deutschland.-aktuelle-fragen-und-positionen_12.13.-april.pdf

---

Die Auslöschung des „Anderen“

Online-Vortrag, Dienstag, 13. April 2021, 19 Uhr

Die Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit lädt in Kooperation mit dem Graduiertenkolleg „Rechtspopulismus“ sowie dem Studierenden-Ausschuss der Vollversammlung der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln im Rahmen der Reihe „Lange Schatten? Erziehung im und nach dem Nationalsozialismus“ ein: „*Der Vortrag begründet aus bindungstheoretischer Sicht, dass die an das autoritäre Erziehungsideal der Kaiserzeit anknüpfenden Erziehungsmaximen des Nationalsozialismus zum Ziel hatten, der Auslöschung des ‘Anderen’ und seiner planmäßigen Vernichtung eine erzieherisch-pädagogische Grundlage zu verschaffen. Um dieses Programm durchzusetzen, wurden besonders die Mütter aufgefordert, das natürliche Bildungsbedürfnis ihrer Kinder zu brechen, um sie auf diese Weise ihres Empathievermögens zu berauben. Stattdessen galt es, die den Kindern verwehrten Gefühle für den ‘Anderen’ mit der politischen Agenda der Nationalsozialisten zu verknüpfen und sie entsprechend zu instrumentalisieren. Ausformuliert und durch ihre Schriften einem Millionenpublikum bekannt gemacht wurde diese Erziehungsstrategie von der Ärztin und überzeugten Nationalsozialistin Johanna Haarer. In den 1950er und 1960er Jahren folgten viele Eltern der ihnen solcherart eingeschriebenen bindungsfeindlichen Erziehungshaltung. Die damit verbundenen Defizite gaben sie an die Generation ihrer Kinder weiter, die später versuchten, sich von diesen Erziehungsgrundsätzen zu befreien. Noch heute finden sich Spuren der gegen*

das emphatische Subjekt gerichteten bindungs- und kinderfeindlichen Vorstellungen in auflagenstarken Publikationen, die sich gegen angeblich übertriebene Zuneigung und übertriebenen Respekt dem Kind gegenüber in Stellung bringen.

Der Referent, Dr. phil., Dipl. Psych. Claus Koch, leitet seit 2015 zusammen mit Udo Baer das ‘Pädagogische Institut Berlin’ (PIB). Jahrelange wissenschaftliche Tätigkeit mit dem Schwerpunkt Bindungstheorie und Entwicklungspsychologie des Kindes, u.a. mit einem Lehrauftrag an der Universität Bielefeld. Zahlreiche Buchveröffentlichungen und Artikel in Fachzeitschriften.“

Die Veranstaltung ist kostenfrei und wird über den YouTube-Kanal der Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit ausgestrahlt:
https://www.youtube.com/watch?v=X0pyawK-Zax4&feature=youtu.be

Diversity welcome

Veranstaltungen zu Rassismus und Rechtsextremismus, 14. April und 28. April 2021

Die TH Köln lädt ein: „*In der Reihe 'Diversity Welcome' wollen wir Fragen rund um Zugehörigkeiten, Ein- und Ausgrenzungen, Teilhabe, Rassismus und Diskriminierungen ebenso diskutieren wie aktuelle Entwicklungen der Migrations- und Flüchtlingspolitik. Interessante Vorträge und Workshops sollen zum nach- und weiterdenken, diskutieren, innehalten, reflektieren und informieren anregen. Die nächsten Termine:*

14.4.2021, 17 Uhr: *Verschwörungstheorien der extremen Rechten in Zeiten der Corona-Pandemie. Referent: Tom Uhlig, Anne Frank Bildungsstätte*

28.4.2021, 18 Uhr: *Der zweite Anschlag. Rassistische Gewalt in Deutschland. Eine Anklage der Betroffenen – Dokumentarfilm von Mala Reinhardt Filmvorführung und Diskussion*

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen."

Über folgenden ZOOM-Link ist eine Teilnahme an den Vorträgen möglich:
https://th-koeln.zoom.us/j/94192852824
Kenncode: 831498

Die Veranstaltungen sind kostenfrei. Aktuelle Termine unter:
www.th-koeln.de/refugees-welcome

Online hetzen, offline angreifen - wie kommt der Hass auf die Straße?

Online-Seminar, Donnerstag, 15. April 2021, 14 Uhr

Die Friedrich-Ebert-Stiftung NRW lädt ein: „*Im Rahmen der Veranstaltungsreihe 'Runder Tisch für Demokratie und gegen Rechtsextremismus' setzen wir uns mit demokratiefeindlichen, (rechts-)populistischen und politisch extremen Strömungen, Gruppen, Parteien und Bewegungen in Nordrhein-Westfalen auseinander.*

Der erste Termin 2021 findet unter der Überschrift Online hetzen, offline angreifen – wie kommt der Hass auf die Straße? statt. Hate Speech ist als Begriff schon lange im öffentlichen Diskurs angekommen. Aber mit dem Sturm auf das Kapitol in Washington und auch mit den Ausschreitungen am Rande der 'Querdenken'-Demonstration im August vergangenen Jahres vor dem Reichstag haben die Offline-Konsequenzen der Online-Hetze eine neue Qualität erfahren.

Johannes Baldauf, Public Policy Manager bei Facebook Deutschland und Prof. Dr. Caja Thimm, Universität Bonn diskutieren gemeinsam mit Ihnen Wege und Mittel, sich dieser Entwicklung in den Weg zu stellen. Moderation: Prof. Dr. Thomas Grumke, Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW."

Anmeldung bis 13.04.2021 unter:
https://www.fes.de/lnk/41x

Teilnahme: kostenfrei

CINEMA RESIST! You hide me

Kurzfilm, Freitag, 16. April 2021, 19 Uhr

Das Rautenstrauch-Joest-Museum teilt mit: „*Der Widerstand gegen die Auswirkungen des kolonialen Erbes im Hier und Jetzt wird immer lauter: Er zeigt sich nicht nur in den aktuell scharf geführten Debatten zur Frage der Restitution der 'Benin Bronzen' – 'Rautenstrauch-Joest-Museum – Kulturen der Welt' (RJM) bewahrt die viertgrößte Sammlung in Deutschland – sondern auch in der Umbenennung von kolonialen Straßennamen, der Zerstörung von Kolonialdenkmälern und nicht zuletzt durch die #BlackLivesMatter Bewegung.*

Dies ist der Hintergrund für die internationale Großausstellung 'RESIST! Die Kunst des Widerstands' des RJM, die 500 Jahre Praktiken antikolonialen Widerstands im 'Globalen Süden' beleuchtet. Die Ausstellung ist eine Hommage an die Menschen, die auf unterschiedlichste Art und Weise konstant Widerstand geleistet haben und deren Geschichten bis heute kaum erzählt

oder gehört wurden. Zugleich thematisiert sie die dramatischen Auswirkungen und das Fortbestehen von kolonialen Machtver-hältnissen. Diese Ausstellung ist ein Versuch, die verborgenen Schichten und Geschichten des Widerstands freizulegen.

*'Mit der Ausstellung wollen wir einen Verhandlungsraum schaffen, in dem kolonialen Widerstandsgeschichten mehrstimmig aus den Perspektiven von Künstler*innen und Aktivist*innen aus dem Globalen Süden und der Diaspora erzählt werden können', so Nanette Snoep, Direktorin Rautenstrauch-Joest-Museum.*

*Sechs Frauen – Künstlerinnen, Kuratorinnen und Aktivistinnen – wurden deshalb eingeladen, eigene Räume für die Ausstellung zu kuratieren. Die nigerianische Künstlerin und Kunsthistorikerin Peju Layiwola beschäftigt sich mit den geraubten Kulturgütern aus dem Königreich Benin (Nigeria), von denen sich 96 in der Sammlung des RJM befinden. Die namibischen Aktivistinnen Esther Utjiua Muinjangue und Ida Hoffmann erzählen eine deutsch-namibische Geschichte anhand des ersten Genozids des 20. Jahrhunderts an den Herero und Nama in Namibia und von ihrem Kampf für dessen Anerkennung. Die ungarische Kunsthistorikerin und Kuratorin Tímea Junghaus stellt eine Verbindung her zwischen Kolonialismus und dem Kampf um Selbst-bestimmung von Sinti*zze und Roma*nja. Schließlich klagt der postmigrantische Kölner 'In-Haus e.V.' mit den Aktivist*innen Elizaveta Khan, Mona Leitmeier, Sae Yun Jung, Salman Abdo und Rita Bomkamp den Rassismus in Deutschland an.*

*Anhand von zahlreichen historischen Objekten aus der ethnologischen Sammlung des RJM, sogenannten Zeugnissen von Widerstandsaktionen, die die Spuren von kolonialer Unterdrückung, Gegenwehr und Kampf, von Überleben und Heilung tragen, wird auch die eigene Sammlung des RJM neu beleuchtet. Die offenen und subversiv geführten Kämpfe in 500 Jahren Widerstand werden zudem durch die künstlerischen Arbeiten von rund 40 zeitgenössischen Künstler*innen aus dem Globalen Süden oder aus der Diaspora wie zum Beispiel Kader Attia, Kara Walker, Patricia Kaersenhout und Ayrson Heráclito sichtbar, hörbar und erfahrbar gemacht.*

*Auch Tanz und Musik haben einen wichtigen Platz in der Ausstellung: Rokia Bamba, Soundkünstlerin und DJ wird im Ausstellungs-zeitraum ein Sound- und Stimmenarchiv des Widerstands entwickeln und die zwei Urban-Dance-Choreografinnen Bahar Gökten und Daniela Rodriguez Romero setzen sich in der Ausstellungsfläche mit jugendlichen urbanen Tänzer*innen performativ mit dem Thema Widerstand auseinander. Die Ausstellung ist prozesshaft und partizipativ angelegt und soll sich im Laufe der Ausstellungsdauer mit Hilfe neuer Beteiligungs- und inklusiver Vermittlungs-formate weiterentwickeln (unter den Be-dingungen der Pandemie). Die im Ausstellungs-raum geplanten Werkstätten – mit Live-Speakers, Künstler*innen, Aktivist*innen, Schul-klassen, Studierenden, Initiativen und den Besucher*innen – in denen 'Widerstand' auf unterschiedliche Weise besprochen, bearbeitet und reflektiert werden soll, sowie das Rahmen-programm für verschiedene Altersgruppen mit Workshops, Performances, Filmvorführungen und Erzählcafés, werden pandemiebedingt erst zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden*."

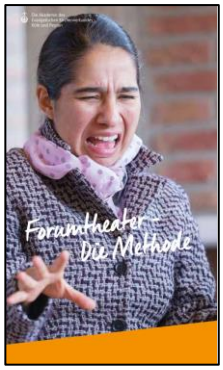
Seit dem **1. April 2021** hat die Ausstellung ihre Türen für Besucher*innen mit Voranmeldung und unter Vorlage eines negativen Testergebnisses geöffnet. **Weitere Infos unter:** http://www.rautenstrauch-joest-museum.de/

Am **16.04.2021** wird der Kurzfilm „You hide me" von Nii Kwate Owoo gezeigt: „*Im Jahre 1970 erhielt der ghanaische Filmemacher Nii Kwate Owoo Zugang zu den Depots des British Museum in London und drehte einen Kurzfilm, der die Aneignung afrikanischer Kulturgüter thematisiert und deren Rückgabe fordert. Der Film feierte am 20. Januar 1971 Premiere im Londoner Africa Centre und erregte weit über London hinaus Aufsehen*."

Am **23.04.2021** wird das Buch „Afrikas Kampf um seine Kunst. Geschichte einer postkolonialen Niederlage" von Bénédicte Savoy vorgestellt, in dem sie den mittlerweile über 50 Jahre andauernden Kampf afrikanischer Staaten um die Rückgabe ihrer durch die europäischen Kolonialherrscher entwendeten Kunstwerke nachzeichnet.

Forumtheater – Die Methode

Workshops, Samstag/Sonntag, 17./18. April 2021, jeweils 10 Uhr



Die Melanchthon-Akademie lädt ein: „*Wie wollen wir miteinander umgehen, in der Klasse oder im Team? Was sind die Hürden auf meinem Weg zum Ausbildungsplatz? Wie kann ich sie überwinden? Wie kann ich mit Bürokratie und Entmündigung umgehen? Wo finden wir in unserer Gesellschaft Ausgrenzung, Ungerechtigkeit oder Extremismus? Wie gehen wir mit den Herausforderungen durch Corona um?*

Die Methode Forumtheater ermöglicht ein lebendiges und lebensnahes Lernen. Wir entwickeln konfliktreiche Szenen, die die Zuschauer anregen auszuprobieren, welche Möglichkeiten es gibt, die gezeigten Situationen zu meistern. So erweitern Zuschauer und Schauspieler gemeinsam ihr Handlungspotential und nehmen verschiedene Perspektiven ein. Die Workshops bauen aufeinander auf und geben den Teilnehmenden einen Einblick, wie sie inhaltlich und gestalterisch auf ihre Zielgruppe eingehen, Konflikt-Themen herausarbeiten und den Prozess des Aufkeimens konstruktiver Wendungen und Lösungen sensibel begleiten können.

Modul 1: Wie funktioniert Forumtheater? Empowerment und Dialog
Anhand von Beispielen probieren wir aus, wie Forumtheater funktioniert. Die Teilnehmenden erarbeiten kurze Szenen, die die Entwicklung eines Konflikts brennpunktartig darstellen. Die Szenen werden in der Interaktion mit dem Publikum verändert. Die Zuschauer greifen ein und werden zu Akteuren. Wie müssen die Schauspieler auf die interaktive Phase vorbereitet werden? Wie funktioniert die interaktive Phase? In einem Schnelldurchlauf erleben und reflektieren die Teilnehmenden Forumtheater von der Idee zur internen Aufführung.

Modul 2: Das 'Jokern'. Moderation von Forumtheater-Veranstaltungen
'Jokern' braucht Erfahrung: Wie formuliere ich die Einstiegsfrage? Wie schaffe ich es, zurückhaltende Zuschauer zu motivieren, auf die Bühne zu kommen? Wo sind die Türen, durch die sich neue Wege auftun können? Welche Frage stelle ich, damit wir einen Schritt weiter kommen? Wie erkenne ich die Momente an denen sich etwas Neues entwickeln kann? Welche Haltung braucht es, damit die Zuschauenden sich angenommen und eingeladen fühlen, ihre Ideen zu teilen und zu Handelnden zu werden?"

Kosten: Modul einzeln jeweils 150 Euro, zusammen: 250 Euro

Weitere Infos unter:
www.melanchthon-akademie.de

‚Die Juden sind nicht kleinzukriegen'. Jüdischer Widerstand gestern und heute

Online-Vortrag, Montag, 19. April 2021, 19 Uhr

Die Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit lädt ein: „*Jüdinnen:Juden wird in der Öffentlichkeit die Rolle des Opfers zugeschrieben. Viele Jüdinnen:Juden machen entsprechend die Erfahrung, dass die Chancen sichtbar zu werden, darauf begrenzt sind, als Betroffene von Antisemitismus oder als Auslandsvertretung von Israel aufzutreten. Die Komplexität jüdischer Erfahrungen hat dabei keinen Platz. Das betrifft auch nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Vergangenheit. Jüdisches Leben in Deutschland wird in der deutschen Geschichte auf die Zeit der Verfolgung und Ermordung während der Shoa reduziert. Die Vielfalt der jüdischen Kultur kann so nicht gesehen werden, vor allem dann nicht, wenn es sich um eine wehrhafte handelt. Dabei sprach die in Deutschland so beliebte Philosophin Hannah Arendt schon davon, dass der ‚jüdische Lebenswille (…) berühmt und berüchtigt' sei. Doch wo sind all die Geschichten von den kämpfenden Jüdinnen:Juden, von ihrem Widerstand gegen autoritäre Herrschaft? Diese Frage beantworten Ruben Gerczikow und Monty Ott an diesem Abend.*

Die Referenten:
Monty Ott promoviert zu ‚Queerem Judentum in Deutschland', war von 2018 bis 2021 Gründungsvorsitzender der queer-jüdischen Initiative Keshet Deutschland e.V. und ist Teil des jüdischen Medienprojekts ‚Laumer Lounge'.

Ruben Gerczikow beschäftigt sich seit vielen Jahren intensiv mit rechtsextremen Strukturen, ist Vizepräsident der Jüdischen Studierendenunion Deutschland und Vizepräsident der European Union of Jewish Students."

Die Veranstaltung wird über den YouTube-Kanal der Kölnischen Gesellschaft gezeigt:
https://www.youtube.com/watch?v=X0pyawK-Zax4&feature=youtu.be

Frauen in der rechtsextremen Szene

Online-Vortrag, Montag, 19. April 2021, 19 Uhr

VHS Oberberg und das Netzwerk gegen Rechts im Oberbergischen Kreis laden ein zu einer Einführung und Diskussion zu einem unterschätzten Thema mit Carolin Hesidenz: *„In der öffentlichen Wahrnehmung gilt die rechtsextreme Szene als weitgehend männlich. Auch wenn viele Protagonisten Männer sind und das öffentliche Auftreten wie beispielsweise bei Demonstrationen männlich dominiert ist, sind Frauen dennoch ein wichtiger Bestandteil der Szene. Sie wirken häufig im Hintergrund, treten aber auch in die Öffentlichkeit und sind auf der Straße präsent. Dabei bewegen sie sich zwischen dem durch das Ideal der 'NS-Volksgemeinschaft' vorgegebenen Rollenbild und der modernen – auch kämpferischen – Aktivistin. Feminismus war immer schon ein Feindbild der extremen Rechten. In den vergangenen Jahren ist dieses Thema in der rechten Szene immer wichtiger geworden, auch in der öffentlichen Kommunikation. Es wird auch von rechtsextremen Frauen entsprechend vertreten.*

In dem Vortrag werden verschiedene 'weibliche' Rollenangebote der rechtsextremen Bewegung, deren Organisation und die inhaltlichen Positionierungen betrachtet sowie dadurch entstehende Spannungsfelder, in denen sich die rechtsextremen Aktivistinnen bewegen."

Teilnahme: kostenfrei

Anmeldung unter:
https://www.vhs-oberberg.de

Jüdisches Leben an Rhein und Ruhr 1945 bis heute

Film und Online-Gespräch, Dienstag, 21. April 2021, 19.30 Uhr

Die Melanchthon-Akademie lädt ein: *„Eine filmische Trilogie von und mit Günther B. Ginzel. Überlebt haben in einer Stadt wie Köln die Katastrophe der Schoa von rund 20.000 Menschen weniger als hundert. Wer waren sie? Wie haben sie überlebt? War jüdisches Leben in den Trümmerhaufen überhaupt möglich? Welche Rolle spielte der Karneval? Welche Bedeutung hatte/hat der Staat Israel? Für manch einen noch heute unfassbar: das Nebeneinander von Trauer, der Erinnerung an die eigene Leidenszeit, dem Entsetzen über die kleine Zahl der Überlebenden – und eine fast überbordenden Lebensfreude und der Wille zum Neubeginn. Günther B. Ginzel ist in der Gemeinde der Überlebenden aufgewachsen. Viele Jahre hat er geforscht, u.a. hat er spektakuläres Filmmaterial gefunden. Neben zwei Büchern schuf er eine Film-Trilogie im Auftrag des WDR. „Der Anfang nach dem Ende: Jüdisches Leben an Rhein und Ruhr". Ein Dreiteiler, ausgestrahlt 1998. Heute ein Zeitdokument."*

Teilnahme: kostenfrei

Anmeldung unter: https://www.melanchthon-akademie.de/programm/kurs/16634-juedisches-leben-an-rhein-und-ruhr-1945-bis-heute-online/

Der Islam und die jüdisch-deutsche Selbstbestimmung

Online-Vortrag, Donnerstag, 22. April 2021, 19 Uhr

Die Melanchthon-Akademie lädt ein: *„'Es war der Islam, der das jüdische Volk rettete!', fasste der Mediävist S. D. Goitein 1958 seine Erkenntnisse aus der Geschichte des langen Zusammenlebens von Juden und Muslimen zusammen. Damit meinte er nicht nur theologische Ähnlichkeiten der beiden Religionen, sondern auch den Islam als Beschützer alles Jüdischen. Auch die gelehrte Auseinandersetzung jüdischer Religionswissenschaftler wie Abraham Geiger mit dem Islam schloss er mit ein. Die Judaistin Susannah Heschel geht diesen Fragen nach und untersucht, inwiefern es einen spezifisch deutschjüdischen Orientalismus gibt. Kann die Wahrnehmung einer gegenseitigen Anziehung von Judentum und Islam auch unsere gegenwärtigen Vorstellungen des Zusammenlebens korrigieren, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der sogenannten Rede vom 'christlich-jüdischen Abendland'?"*

Teilnahme: 5 Euro

Anmeldung unter:
https://www.melanchthon-akademie.de

Köln kolonial – antikolonial

Bericht und Diskussion, Donnerstag, 22. April 2021, 19 Uhr

Die Melanchthon-Akademie lädt ein: *„Andernorts sind Statuen in Hafenbecken gestürzt worden, in Köln reitet Kaiser Wilhelm II noch immer hoch erhobenen Hauptes von der Hohenzollernbrücke gen Westen. Ein Herrscher, der für koloniale Verbrechen und Völkermorde, z.B. in 'Deutsch-Südwest', also im heutigen Namibia, steht wie kaum ein zweiter. Die Geschichte Kölner Verwicklungen in den deutschen Kolonialismus ist noch wenig aufgearbeitet: Christliche Missionsgesellschaften, Bürgermeister Konrad Adenauer als stellvert. Vorsitzender der deutschen Kolonialgesellschaft, die Mittäterschaft von Kölnern bei der blutigen Niederwerfung des sogenannten Boxeraufstandes in China, die Raubkunst, die im Rautenstrauch-Joest-Museum lagert, Hitlers Kolonialpläne, die er auch mit Kölner Unternehmen verwirklichen wollte. Es ist höchste Zeit, dass die Kölner*innen sich dieser Geschichte stellen. Denn sie wirkt bis heute fort. Nicht nur, weil die Wunden kolonialer Verbrechen dort weiter schwären, wo sie begangen wurden, sondern auch, weil Nachfahren der Opfer Kölner Bürger*innen geworden sind und zu Recht von uns Rechenschaft verlangen. Wir diskutieren den Stand der Dinge.“*

Ort: Melanchthon-Akademie, Kartäuserwall 24B, 50678 Köln (oder online)

Teilnahme: kostenfrei

Anmeldung unter:
https://www.melanchthon-akademie.de/

Keine plakative Präsentation: Kolonialismus

Workshop, Freitag/Samstag, 23./24. April 2021, 17 bzw. 9 Uhr

Integrationshaus e.V. und Willi-Eichler-Bildungswerk laden im Rahmen der Workshopreihe 'RASSISMUSKRITIK UND DIVERSITÄTSSENSIBILITÄT - FÜR EINE FAIRE(RE) GESELLSCHAFT!' ein: „*Was hat Kolonialismus mit mir und meinem Alltag zu tun? Warum ist es wichtig darüber zu sprechen? Wo merken wir die Auswirkungen? In dem Workshop schaut Ihr euch an, welche kolonialen Geschichten in Köln immer noch präsent sind und überlegt gemeinsam, wie wir damit umgehen wollen. Der Workshop richtet sich an alle, die sich bisher noch nicht oder wenig mit dem Thema beschäftigt haben und neugierig sind, diese Fragen zu diskutieren*.“

Trainer*innen:
Jarosław Bąk und Berit Kreutz

Teilnahmegebühr: 50 Euro

Ort: Integrationshaus e.V., Ottmar-Pohl-Platz 5, 51103 Köln (oder online)

Anmeldung unter:
https://www.web-koeln.de/veranstaltungen-und-seminare/

Blick in die Zukunft – Gegen das Vergessen

Shortstory-Festival, Freitag/Samstag, 23.-25. April 2021

Allerweltshaus /stimmen afrikas und Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf laden ein: *„Im Rahmen des digitalen Festivals werden sechs Kurzgeschichten von sechs Schriftsteller:innen aus sechs Ländern Afrikas in Lesungen, die verdolmetscht werden, vorgestellt. Zuschauer:innen können sich auf Sinzo Aanza (DR Kongo), Nafissatou Dia Diouf (Senegal), Jo Güstin (Kamerun), Karen Jennings (Südafrika), Jennifer N. Makumbi (Uganda), und Olumide Popoola (Nigeria) freuen.*

Das Besondere: Die Kurzgeschichten werden von Studierenden des Masterstudiengangs Literaturübersetzen der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf vom Englischen oder Französischen ins Deutsche übersetzt. Während der Veranstaltungen werden Moderator:innen wie u.a. die Autorin Elisa Diallo oder die Singer/Songwriterin Mariama Jalloh die Autor:innen mit den Übersetzer:innen sowie mit dem Publikum (per Chat) ins Gespräch bringen.

*Freuen Sie sich auf literarischen Hochgenuss, der Ihnen die Vielfalt und Besonderheit Literatur Afrikas näherbringen wird. Die wachsende Aufmerksamkeit für die Erzählungen aus afrikanischen Kontexten lässt darauf hoffen, dass das tief in den Köpfen der Europäer*innen verankerte, eindimensionale Afrikabild immer mehr der Vergangenheit angehören wird.“*

Weitere Informationen unter: https://www.stimmenafrikas.de/veranstaltungen/blick-in-die-zukunft-gegen-das-vergessen

„Wenn Ihr uns kitzelt / Wenn Ihr uns stecht“ Jüdischsein auf deutschsprachigen Bühnen

Online-Kurs, Dienstag, 27. April 2021, 19 Uhr

Die Karl Rahner Akademie Köln lädt ein*: „In der langen Geschichte jüdischen Lebens im deutschsprachigen Raum scheint das Theater auf den ersten Blick nur eine nachgeordnete Rolle zu spielen. Dies hat zum einen mit der Tatsache zu tun, dass stehendes Theater im deutschsprachigen Raum sich überhaupt erst im 18. Jahrhundert bildete. Zum anderen liegt der Grund darin, dass aus religiöser Perspektive Theater der jüdischen Tradition fremd ist und in den talmudischen Schriften sogar abgelehnt wird. Ein zweiter Blick jedoch macht deutlich, dass die kulturelle Praxis komplexer und vielstimmiger war: Spätestens mit dem 18. Jahrhundert wurde das Theater zu einem wichtigen Ort kultureller und politischer Teilhabe. Jüdische Künstler*innen spielen dabei zentrale Rollen und sind gleichzeitig häufig Anfeindungen ausgesetzt.*

Mit dem Nationalsozialismus erreicht diese Feindschaft einen Höhepunkt. Dass auch das Theater sich teilweise instrumentalisieren ließ, gehört zu den heute immer noch gerne 'übersehenen' oder verschwiegenen Kapiteln.

*Nach 1945 kehrten jüdische Künstler*innen nach Deutschland - genauer: in beide deutsche Staaten - zurück. Dass dies komplexe Auseinandersetzungen voraussetzte, ist leicht vorstellbar. So wird auch hier das Theater zu einem Prisma gesellschaftlicher Entwicklungen in den unterschiedlichsten Facetten.*

Das Seminar nimmt Figuren jüdischer Identität, wie z.B. Shylock oder Nathan, ebenso in den Blick wie Theaterschaffende, die durch ihre Arbeit die metropolitane Kultur des 20. Jahrhunderts entscheidend geprägt haben: z.B. der Regisseur Max Reinhardt, der Schauspieler Leopold Jessner oder die Theaterfotografinnen Nini und Carry Hess.“

Teilnahme: 18 Euro (ermäßigt 9 Euro)

Anmeldung unter:
https://www.karl-rahner-akademie.de

Rassismus in Schule und Bildungsarbeit

Online-Seminar, Dienstag, 27. April 2021, 14.30 Uhr

Das DGB Bildungswerk NRW und das KI Köln laden ein zu einer Veranstaltung für Lehrkräfte und Schulsozialarbeitende im Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“: „*Rassistische Äußerungen, die Verharmlosung des Holocaust und Verschwörungsmythen gehören immer mehr zum Alltag in der Schule. Wie können wir mit solchen problematischen Äußerungen und Handlungen im pädagogischen Alltag angemessen umgehen? Wann müssen wir eingreifen und Haltung zeigen, Verunglimpfungen zurückweisen, inhaltlich Position beziehen? Welche Fachkenntnisse brauchen wir dafür? Was muss im öffentlichen Raum zum Thema gemacht werden, was im Vieraugengespräch? Diese Fragen werden wir nach einem Input zum Thema gemeinsam im Online-Seminar diskutieren.*

Referentin: Anne Broden, Bildung und Beratung in der Migrationsgesellschaft, Köln.“

Teilnahme: kostenfrei

Anmeldung bis zum 26.04.2021unter:
https://www.ki-koeln.de/events/registration/event/rassismus-in-schule-und-bildungsarbeit

Erziehung nach Auschwitz heute

Online-Vortrag, Dienstag, 27. April 2021, 19 Uhr

Die Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit lädt in Kooperation mit dem Graduiertenkolleg „Rechtspopulismus“ *sowie dem* Studierenden-Ausschuss der Vollversammlung der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln im Rahmen „Lange Schatten? Erziehung im und nach dem Nationalsozialismus“ ein: *„Adornos Rundfunkvortrag ‘Erziehung nach Auschwitz’ aus dem Jahr 1966 teilt ein ähnliches Schicksal wie der ein Jahr später gehaltene und erst kürzlich verlegte Vortrag über die ‘Aspekte des neuen Rechtsradikalismus’; beide fanden und finden großen Anklang, denn von beiden erhofft man sich praktische Hinweise zum Umgang mit der Geschichte oder der Neuen Rechten - nicht zuletzt in pädagogischen Settings. Insbesondere die Erziehungs- und Geschichtswissenschaften knüpfen an die ‘Erziehung nach Auschwitz’ mit didaktischen und methodologischen Fragen zu einer Erziehung über Auschwitz an. Daneben währen Diskurse zur Gefahr der Instrumentalisierung des kategorischen Imperativs, die Erziehung so einzurichten, dass ‘Auschwitz nicht noch einmal sei’, bei einer notwendigen Erweiterung und Aktualisierung desselben fort. Mittlerweile ist die Rezeption in einem gesellschaftlichen Kontext an- gelangt, indem sich das nationale Selbstbild nicht trotz, sondern wegen Auschwitz als ‘Erinnerungsweltmeister’ stilisiert und die Debatten nicht davon handeln ob, sondern wie mit Rechten zu reden sei. Der Vortrag möchte die ‘Erziehung nach Auschwitz’ reflektieren und dessen Rezeptionsgeschichte historisch kontextualisieren.*

Der Referent, PD Dr. Daniel Burghardt, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Department Erziehungs- und Sozialwissenschaften an der Universität zu Köln. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Erziehungs- und Bildungsphilosophie, Kritische Pädagogik und Psychoanalytische Pädagogik.“

Die Veranstaltung ist kostenfrei und wird über den YouTube-Kanal der Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit ausgestrahlt: https://www.youtube.com/watch?v=X0pyawKZax4&feature=youtu.be

---

Neonazis und Antisemitismus: Wie groß ist die Gefahr von rechts?

Online-Vortrag, Dienstag, 27. April 2021, 19.30 Uhr

VHS wissen live und die Süddeutsche Zeitung laden ein: *„Beleidigungen von und Attacken auf jüdische Mitbürger, rechtsextreme Netzwerke bei der Polizei und eine Partei im Bundestag, die in großen Teilen nicht mehr demokratisch, sondern längst selbst rechtsextrem ist. Die Gefahr von Rechtsaußen für Freiheit, Vielfalt und Rechtsstaat ist von großen Teilen der Gesellschaft bis hin zu führenden Politikern lange nicht ernst genug genommen, sondern verharmlost worden. Alexandra Förderl-Schmid und Annette Ramelsberger sprechen darüber, was Deutschland, seine Justiz und vor allem seine Sicherheitsbehörden tun müssen, um rechte Extremisten konsequent zu verfolgen, auch in den eigenen Reihen.“*

Anmeldung unter:
https://www.vhs-aachen.de/

Teilnahme: kostenfrei

Inhaltliche Argumentation gegen Vorurteile über Flüchtlinge

Online-Kurzschulung, Mittwoch, 28. April 2021, 17 Uhr

Der Flüchtlingsrat NRW lädt ein: „*Immer wieder kursieren vorurteilsbehaftete Behauptungen über Flüchtlinge, die einer näheren Überprüfung nicht standhalten oder denen es an der Einbettung in einen sachlichen Kontext fehlt. Beispielsweise wird immer wieder behauptet, dass viele Flüchtlinge über ihre Identität täuschen würden oder es wird geäußert, dass die meisten Flüchtlinge nach Deutschland kämen. Zu diesen und weiteren pauschalen Aussagen vermittelt der Flüchtlingsrat NRW in seiner Kurzschulung inhaltliches Hintergrundwissen und gibt Teilnehmenden so argumentatives Rüstzeug, um Vorbehalten gegen Flüchtlinge besser begegnen zu können*.“

Anmeldung bis zum 22.04.2021 bei Jan Lüttmann per Mail unter: initiativen@frnrw.de

Jüdisches Leben in Köln. Gedächtnis – Sammlung – Vermittlung – Zukunft

Online Tagung, Mittwoch/Donnerstag, 27./28. April, 2021, 10 Uhr

Das historische Archiv der Stadt Köln lädt ein: „*Im Rahmen des Festjahres 2021 veranstalten die Kölner Kultureinrichtungen eine zweitägige Tagung, die sich dem Thema '1700 Jahre jüdisches Leben in Köln und dem Rheinland' über die in den Kölner Gedächtnisinstitutionen verfügbaren Quellen und Objekte sowie in die Zukunft gerichteten Sammlungsstrategien nähert. Die Vielfalt der vorhandenen Sammlungen und Bestände stellt einen nachhaltigen Impuls für die weitere wissenschaftliche Beschäftigung mit der Thematik und die historische Bildungsarbeit dar. Die Tagung 'Jüdisches Leben in Köln: Gedächtnis – Sammlung – Vermittlung – Zukunft' umfasst 18 Vorträge in sechs Sektionen sowie einen öffentlichen Abendvortrag am ersten Tagungstag. 13 der Vorträge werden jeweils von Vertreterinnen oder Vertretern Kölner Institutionen gehalten, die ihre Bestände, Perspektiven und Überlegungen in den Mittelpunkt stellen. Die Kölner Perspektiven werden durch fünf weitere Vorträge aus der nationalen und internationalen Forschung ergänzt*."

Programm 1. Tag | 27.04.2021

10:00 Uhr Eröffnung
10:30 Uhr Einführung in die Tagung – Dr. Bettina Schmidt-Czaia, Ltd. Archivdirektorin

***1. Sektion: Erinnerungsorte: Jüdische Quartiere in Köln und Frankfurt am Main**, Moderation: Dr. Christiane Twiehaus, Abteilungsleitung Jüdische Geschichte und Kultur, MiQua. LVR-Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln*
11:00 Uhr Michael Wiehen M.A. , Team Archäologische Zone im Dezernat Kunst und Kultur der Stadt Köln, Grabungsleitung: Die Ausgrabungen im mittelalterlichen jüdischen Viertel auf dem Kölner Rathausplatz
11:30 Uhr Dr. Thomas Otten, Direktor des MiQua. LVR-Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln: Das mittelalterliche jüdische Viertel in Köln als potentielles UNESCO-Welterbe. Möglichkeiten und Chancen einer Bewerbung
12:00 Uhr Prof. Dr. Mirjam Wenzel, Direktorin des Jüdischen Museums Frankfurt: Geschichte und Neukonzeption des Jüdischen Museums Frankfurt

***2. Sektion: Museen,** Moderation: Prof. Dr. Habbo Knoch, Historisches Institut, Universität zu Köln*
13:45 Uhr Rita Wagner M.A., Leiterin der Graphischen Sammlung des Kölnischen Stadtmuseums: Die Judaica-Sammlung des Kölnischen Stadtmuseums
14:15 Uhr Dr. Christiane Twiehaus, Abteilungsleitung Jüdische Geschichte und Kultur, MiQua. LVR-Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln: Das Konzept des MiQua. LVR-Jüdisches Museum im archäologischen Quartier
14:45 Uhr Bernhard Purin, Direktor des Jüdischen Museums, München: Im Labyrinth der Zeiten. Mit Mordechai W. Bernstein durch 1700 Jahre deutsch-jüdische Geschichte. Eine Ausstellung im Jüdischen Museum München

***3. Sektion: Gedenkstätten,** Moderation: Dr. Nicolas Berg, Vertretung des Lehrstuhls für Judaistik, Martin-Buber-Institut für Judaistik an der Universität zu Köln: Überlieferung zur jüdischen Geschichte im Historischen Archiv der Stadt Köln*
15:45 Uhr Dr. Werner Jung, Direktor des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln: Das NS-Dokumentationszentrum und die Jüdische Geschichte
16:15 Uhr Dr. Cordula Lissner, Lern- und Gedenkort Jawne e. V.: Der Lern- und Gedenkort Jawne
16:45 Uhr Dr. Tomáš Fedorovic, Gedenkstätte Theresienstadt: Die Neukonzeption der Dauerausstellung in der Gedenkstätte Theresienstadt
18:00 Uhr Öffentlicher AbendvortragProf. Dr. Julius H. Schoeps, Vorstandsvorsitzender der Moses Mendelssohn Stiftung: „Vom Umgang mit dem deutsch-jüdischen Kulturerbe"

Programm 2. Tag | 28.04.2021

4. Sektion: Archive, *Moderation: Dr. Ulrich Helbach, Direktor des Historischen Archivs des Erzbistums Köln*
10:00 Uhr Dr. Ittai Joseph Tamari, Leiter des Zentralarchivs zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland: Auf der Suche nach dem „Jüdischen" in Archiven
10:30 Uhr Dr. Max Plassmann, Sachgebietsleiter Vormoderne Bestände, Nachlässe und Sammlungen, Historisches Archiv der Stadt Köln: Überlieferung zur jüdischen Geschichte im Historischen Archiv der Stadt Köln
11:00 Uhr Dr. Ulrich S. Soénius, Direktor der Stiftung Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv (RWWA): Metzger, Handelsleute und Bankiers - Zur neuzeitlichen Geschichte von Juden als Unternehmer in Köln.

5. Sektion: Bibliotheken, *Moderation: Dr. Elke Purpus, Direktorin der Kunst- und Museumsbibliothek der Stadt Köln*
11.45 Uhr Dr. Ursula Reuter, Geschäftsführerin der GERMANIA JUDAICA – Kölner Bibliothek zur Geschichte des Deutschen Judentums e. V.: Die GERMANIA JUDAICA – Kölner Bibliothek zur Geschichte des deutschen Judentums: eine Bürgerinitiative und ihre Folgen
12:15 Uhr Dr. Christiane Hoffrath, Universitäts- und Stadtbibliothek (USB) Köln, Dezernentin Historische Bestände und Sammlungen, Bestandserhaltung und Digitalisierung: Bücherspuren. Die Bibliothek von Elise und Helene Richter
12:45 Uhr Ulrike Sonnemann, Bibliotheksleiterin des Jüdischen Museums Berlin: Im Auftrag: Auf der Suche nach Schriften und Medien zur materiellen Kunst und Kultur des Judentums

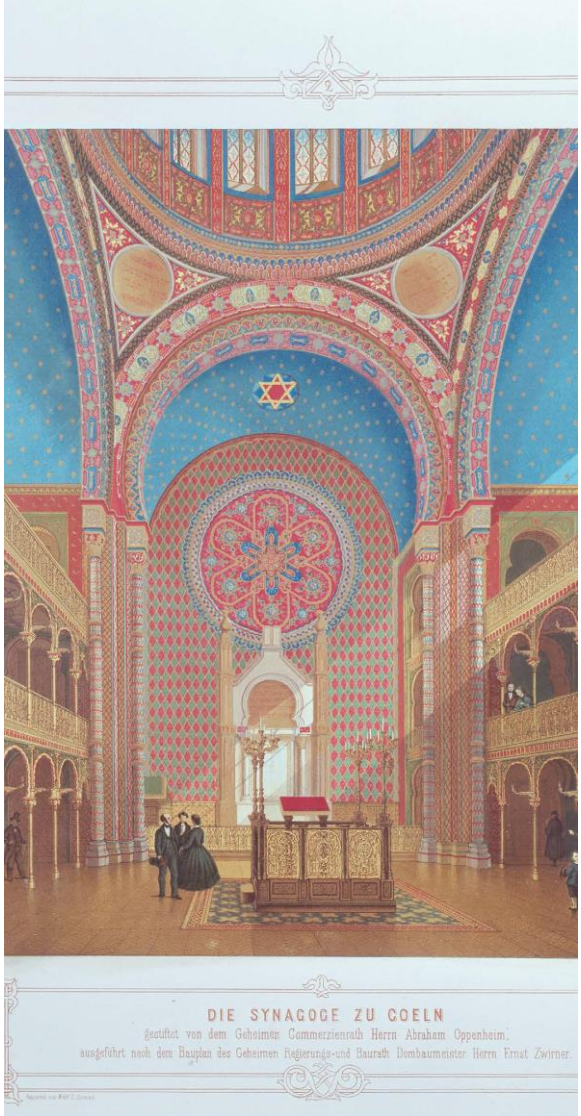
6. Sektion: Jüdische Gemeinden und aktuelle Herausforderungen, *Moderation: Prof. Dr. Jürgen Wilhelm, Vorsitzender der Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e. V.*
14:30 Uhr Abraham Lehrer, Vorstandsmitglied der Synagogengemeinde Köln, Vizepräsident des Zentralrates der Juden in Deutschland
15:00 Uhr Rafi Rothenberg, Vorstandsvorsitzender der Jüdischen Liberalen Gemeinde Köln, Gescher LaMassoret: Liberales Judentum in Deutschland: Gestern, heute und morgen
15:30 Uhr Daniel Vymyslicky, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Fachstelle [m²] bei der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln: Fachstelle „[m²] – miteinander – mittendrin. Für Demokratie – Gegen Antisemitismus und Rassismus": Angebote zur kritischen Auseinandersetzung mit Antisemitismus in Köln
16:45 Uhr Pointierte Zusammenfassung der Tagung mit anschließender Diskussion, Moderation: Kulturjournalist Dr. Jörg Biesler

Streaming über: https://www.facebook.com/historischesarchivderstadtkoeln

Wenn es die gültige Coronaschutzverordnung zulässt, können bis zu 40 Personen an den Vorträgen im Stiftersaal teilnehmen.

Aktuelle Informationen finden Sie unter:
https://www.facebook.com/historischesarchivderstadtkoeln

Kontakt: Telefon: 0221-221-24455
historischesarchiv@stadt-koeln.de



Eine Stunde mit… Marina Weisband

Online-Vortrag, Mittwoch, 28. April 2021, 20 Uhr

Die Karl Rahner Akademie Köln lädt ein: *„'Ich höre sehr oft von Menschen, dass wir die Einteilung in Schubladen lassen sollen - schwarz und weiß, jüdisch oder nichtjüdisch, homo oder hetero. Dass wir einfach nur Menschen sein sollen. Und das ist eine wirklich schöne Vision. Ich will dahin. Aber 'einfach nur Mensch sein' ist ein Privileg derer, die nichts zu befürchten haben aufgrund ihrer Geburt. 'Einfach nur Mensch sein' bedeutet, dass jüdisches Leben unsichtbar gemacht wird.' Dieses Zitat stammt aus der Rede Marina Weisband - Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus, die sie am 27. Januar 2021 im Deutschen Bundestag gehalten hat. Ihre Rede war ein Novum. Erstmals hat eine Vertreterin der dritten Generation nach der Shoah am Holocaustgedenktag zu den Abgeordneten gesprochen.*

Wir möchten von der Politikerin und Publizistin hören, was es bedeutet, Jüdin zu sein in Deutschland. In dem einstündigen Gespräch soll es darum gehen, welche Strukturen, welche Haltungen verändert werden müssen, damit aus der Vision 'einfach nur Mensch sein' Wirklichkeit werden kann.

Marina Weisband, geboren 1987 in der Ukraine, ist Diplompsychologin und Expertin für digitale Partizipation und Bildung. Von 2011 bis 2012 war sie politische Geschäftsführerin der Piratenpartei Deutschland. Heute engagiert sie sich bei den Grünen für Digitalisierung und Bildung. Seit 2014 leitet sie bei politik-digital e.V. das Projekt aula - ein Konzept zur politischen Bildung und Beteiligung von Jugendlichen an Schulen und außerschulischen Organisationen."

Teilnahmegebühr: 10 Euro (ermäßigt 5 Euro)

Anmeldung unter: https://www.karl-rahner-akademie.de/programm/kurs/Eine+Stunde+mit+Marina+Weisband+digital/nr/20105_DIGI/bereich/details/

Verschwörungsideologien in jugendlichen Lebenswelten

Online-Seminar, Donnerstag, 29. April 2021, 10 Uhr

Der Kinder- und Jugendschutz NRW lädt ein: *„Nicht erst seit den Auswirkungen der Corona-Pandemie haben Verschwörungsideologien Hochkonjunktur. Empirische Studien offenbaren, dass bis zu 50% der Deutschen der einen oder anderen verschwörungsideologischen Erzählung folgen. Die jüngsten Proteste gegen die Corona-Politik der Bundesregierung zeigen zudem, dass Verschwörungsideologien durchaus Tausende Menschen mobilisieren können.*

Doch nicht nur im Großen spüren wir zur Zeit die Wirkung, auch in privaten Beziehungen sind Menschen mit verschwörungsideologischen oder antisemitischen Aussagen konfrontiert. Viele Menschen stellen daher die berechtigte und notwendige Frage nach dem 'Was tun?'.

Grundlage für Handlungssicherheit im Umgang mit Verschwörungsideologie ist das Wissen um ihre Funktionsweisen und Strukturmerkmale sowie eine bewusste Auseinandersetzung mit der eigenen demokratischen Position. Im online-Seminar schärfen die Teilnehmenden Begriffe, erhalten Hintergrundwissen zu der Rolle von Verschwörungsideologien in demokratischen Gesellschaften, ihrer strukturellen Verwobenheit mit Antisemitismus sowie Hinweise zum praktischen Umgang mit verschwörungsideologischen Äußerungen."

Die Referentin, Elisabeth Fast, ist Kulturwissenschaftlerin und ist seit acht Jahren in der politischen Bildungsarbeit tätig. Sie ist Mitarbeiterin im Projekt ‚Debunk – verschwörungstheoretischem Antisemitismus entgegentreten' der Amadeu Antonio Stiftung und beschäftigt sich darin mit Verschwörungsideologien und wie diese in der Bildungsarbeit adressiert und bearbeitet werden können."

Teilnahmegebühr: 30 Euro

Anmeldung unter:
https://ajs.nrw/events/?event_id=182

Der Philosoph Karl R. Popper und sein Kampf für eine „offene Gesellschaft“

Online-Vortrag, Donnerstag, 29. April 2021, 19 Uhr

Die Karl Rahner Akademie Köln lädt ein*: „‘Wir müssen uns klar werden, dass wir andere Menschen zur Entdeckung und Korrektur von Fehlern brauchen – und sie uns. Insbesondere auch Menschen, die mit anderen Ideen, in einer anderen Atmosphäre aufgewachsen sind. Auch das führt zur Toleranz. ’ (Karl Popper)*

1945 erschien in London unter dem Titel ‚The Open Society and Its Enemies‘ die im neuseeländischen Exil verfasste ‚Streitschrift‘ des österreichischen Philosophen Karl R. Popper. In kritischer Auseinandersetzung mit den von ihm sog. ‚Historizisten’ legt er die philosophischen Wurzeln totalitärer Regime (seinerzeit: Nazi-Deutschland, Sowjetunion unter Stalin) frei und plädiert leidenschaftlich für eine ‚offene Gesellschaft’. Beide Anliegen verschaffen dem Werk ungebrochene Aktualität.“

Teilnahmegebühr: 10 Euro (ermäßigt 5 Euro)

Anmeldung unter:
https://www.karl-rahner-akademie.de

Fake Facts, Verschwörungstheorien, Rechtsextremismus

Online-Vortrag, Freitag, 30. April 2021, 18 Uhr

VHS Oberberg und das Netzwerk gegen Rechts im Oberbergischen Kreis laden ein: „*Seit jeher spielen der Glaube an Verschwörungsideologien eine erhebliche Rolle bei dem Versuch, komplexe Geschehnisse zu fassen. Wie eng diese Ideologien jedoch auch oftmals mit der Abwertung, Stigmatisierung und Verunglimpfung anderer Menschen einhergeht, erleben wir in Zeiten der Corona-Pandemie in besonders drastischer Weise. Dabei fragen sich viele: Warum glauben so viele Menschen an Verschwörungsmythen? Welche Faktoren spielen dabei auf psychologischer Ebene eine Rolle? Und wie kann mit Menschen diskutiert werden, die glauben, eine verborgene ‘Wahrheit’ entdeckt zu haben?*

*Katharina Nocun, Politik- und Wirtschaftswissenschaftlerin, Bürger*innenrechtlerin und Netzaktivistin, hat sich gemeinsam mit der Psychologin Pia Lamberty auf die Suche begeben, diese Fragen zu beantworten. In ihrem Buch ‘Fake Facts - Wie Verschwörungstheorien unser Denken bestimmen’ beleuchten sie das verschwörungsideologische Milieu - von Rechtsextremismus bis hin zur Esoterik. Und sie finden dabei Antworten auf die Frage, warum Verschwörungsnarrative gerade in Zeiten der gegenwärtigen Krise derart anziehend auf Menschen wirken.*

Diese Erkenntnisse wird Katharina Nocun mit allen Interessierten in einem Online-Vortrag teilen und dabei ein besonderes Augenmerk auf die Schnittstellen von Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Verschwörungsideologien legen. Im Anschluss haben die Teilnehmenden die Möglichkeit, Frau Nocun konkrete Fragen über den Chat zu stellen.“

Teilnahme: kostenfrei

Anmeldung unter:
https://www.vhs-oberberg.de/

Veröffentlichungen, Projekte, Wissenswertes

Kabinettsausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus
Eine Auswahl zur Betrachtung des Maßnahmenkatalogs

Die Attentate in Kassel, Halle und Hanau zeigen die allgegenwärtige Präsenz und Gefahr rechtsextremer, rassistischer sowie antisemitischer Taten und Strömungen in Deutschland. Das Bundesamt für Verfassungsschutz sieht Rechtsextremismus sowie Rechtsterrorismus als größte Bedrohung für die Demokratie in Deutschland an.[1] All das veranlasste die Bundesregierung dazu, einen Kabinettsausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus zu initiieren. Dieser legte am 25. November 2020 in der dritten Kabinettssitzung einen Maßnahmenkatalog vor, der am 2. Dezember 2020 vom Bundeskabinett verabschiedet wurde. Der Ausschuss bezeichnet diesen Schritt als „klares Signal gegen Rechtsextremismus und Rassismus".[2] Mit den 89 Maßnahmen sollen mehr Hilfe und Schutz für Betroffene gewährleistet, Änderungen im Strafrecht vorgenommen, mehr Prävention geleistet, die Zusammenarbeit von Justiz, Sicherheitsbehörden, zivilgesellschaftlichen und staatlichen Trägern gestärkt sowie mehr Forschung in diesen Feldern betrieben werden. Laut Bundesregierung ist das Ziel dieses Katalogs, „Rassismus und Rechtsextremismus besser [zu] verstehen [...], dem Handeln von Rechtsextremen als starker Staat Antworten [zu] geben und die Förderung der demokratischen Zivilgesellschaft [zu] stärken.[3] Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, das Auswärtige Amt, das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, das Bundesministerium der Verteidigung, das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das Bundesministerium für Bildung und Forschung, die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien Prof. Monika Grütters, die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration Annette Widmann-Mauz, der Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus Dr. Felix Klein sowie der Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer Marco Wanderwitz sind für die Umsetzung dieses Katalogs verantwortlicher. Jedes dieser Ressorts hat verschiedene Maßnahmen zugeteilt bekommen.[4]

Aber welche dieser Maßnahmen wurden bis jetzt überhaupt umgesetzt? Derzeit steht noch keine offizielle Übersicht über die umgesetzten Maßnahmen zur Verfügung. Lediglich verschiedene Pressemitteilungen der Bundesregierung sowie verschiedener Ressorts verschaffen bislang Einblicke in die Arbeit des Kabinettsausschusses. Beispielsweise hat das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat die erste Maßnahme des Kataloges im Oktober 2020 umgesetzt: Die beschlossene Novelle des Verfassungsschutzgesetzes befähigt den Verfassungsschutz dazu, Software zur Überwachung von verdächtigen Personen einzusetzen. Bundesinnenminister Seehofer bezeichnet diesen Schritt „im Kampf gegen Terroristen und militante Extremisten" als überfällig.[5] Zudem fördert der Bund das Modellprojekt „Call of Prev" des Vereins „cultures interactives", in dessen Rahmen in den nächsten drei Jahren ein interaktives Onlinespiel für die Präventionsarbeit mit jungen Menschen entsteht. Laut Kulturministerin Grütters soll dies die Medienkompetenzen stärken, „um Extremismus vorzubeugen".[6] Dieses Ziel („Stärkung der Medienkompetenz") wird in Maßnahme 73 festgehalten. Daneben stellte die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien beim 13. Integrationsgipfel das Kulturkapitel des „Nationalen Aktionsplans Integration" vor, das im Februar 2021 die Zustimmung des Bundeskabinettes erhielt. Im Mittelpunkt steht

[1] Bundesamt für Verfassungsschutz (2020). BfV-Pressekonferenz vom 12. März 2020 zum Stand der Bekämpfung des Rechtsextremismus. Online unter: https://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/vortraege/eingangs-statement-p-20200312-pressekonferenz-zum-stand-der-bekaempfung-des-rechtsextremismus (Abruf: 22.03.2021).

[2] BPA (2020). 3. Kabinettausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus tagt - Kulturstaatsministerin Grütters: „Prävention bei Jugendlichen muss früher und nachhaltiger beginnen". Online unter: https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/3-kabinettausschuss-zur-bekaempfung-von-rechtsextremismus-tagt-kulturstaatsministerin-gruetters-praevention-bei-jugendlichen-muss-frueher-und-nachhaltiger-beginnen--1820060 (Abruf: 22.03.2021).

[3] Bundesregierung (2020). Klares Signal gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Online unter: https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/kabinett-rechtsextremismus-1819828 (Abruf: 22.03.2021).

[4] BPA (2020). Maßnahmenkatalog des Kabinettausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus. Online unter: https://www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/1819984/4f1f9683cf3faddf90e27f09c692abed/2020-11-25-massnahmen-rechtsextremi-data.pdf?download=1 (Abruf: 22.03.2021).

[5] BMI (2020). Bundeskabinett beschließt Novelle des Verfassungsschutzgesetzes. Online unter: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2020/10/novelle-verfasschungsschutzrecht.html (Abruf: 22.03.2021).

[6] BPA (2021). Bund fördert Computerspielprojekt „Call of Prev" – Kulturstaatsministerin Grütters: "Medienkompetenz stärken, um Extremismus vorzubeugen". Online unter: https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/bund-foerdert-computerspielprojekt-call-of-prev-kulturstaatsministerin-gruetters-medienkompetenz-staerken-um-extremismus-vorzubeugen--1869910 (Abruf: 22.03.2021).

die Weiterentwicklung und Förderung von Diversitätskonzepten.[7] Auch die in Maßnahme 36 geforderte Änderung des Art. 3 des Grundgesetzes wurde bereits angegangen. Die Bundesregierung einigte sich darauf, dass der Begriff „Rasse“ jetzt in „aus rassistischen Gründen“ geändert werden soll. Nun fehlt nur noch die Zustimmung der Opposition, damit eine Änderung vorgenommen werden kann.[8] Neben dieser Gesetzesänderung beschloss das Bundeskabinett im März 2021 einen weiteren Gesetzesentwurf zur Änderung des Strafgesetzbuchs. Dabei handelt es sich um die in der Maßnahme 34 festgehalte Bekämpfung von sogenannten Feindeslisten. Ziel sei es, diese unter Strafe zu stellen.[9]

Das u.a. von SPD und GRÜNEN geforderte Demokratiefördergesetz sollte ebenfalls in geänderter Form umgesetzt werden. Das hatte der Kabinettsausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus in der Maßnahme 52 des Katalogs festgehalten. Hier heißt es, dass eine „Verbesserung der rechtlichen und haushalterischen Rahmenbedingungen für die Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements für Demokratie, Vielfalt und gegen Extremismus“ geschaffen werden sollen. Dazu sollten „BMI und BMFSFJ Eckpunkte für ein Gesetz zur Förderung der wehrhaften Demokratie erarbeiten.[10] Jedoch lehnte die Unionsfraktion den ausgearbeiteten Entwurf des Familienministeriums und des Innenministeriums nun Ende März 2021 vorerst ab und fordert ein Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung von denjenigen, die auf der Basis des Gesetzes gefördert werden sollen.[11] Diese „Extremismusklausel“ jedoch wird wiederum von Familienministerin Giffey und zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen abgelehnt, da sie Mittelempfänger*innen unter Generalverdacht des „Linksextremismus“ stellt. In den Zuwendungsbescheiden ist ohnehin bereits jetzt geregelt, dass keine Steuergelder an „extremistische Organisationen und Personen“ gehen dürfen.[12]

Wie erfolgt die Umsetzung der anderen Maßnahmen und handelt es sich bei diesen wirklich um neue Maßnahmen? Genau mit diesen Fragen befassten sich Martina Renner, Michael Leutert, André Hahn sowie weitere Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE in Form einer kleinen Anfrage. In der Antwort der Bundesregierung heißt es, dass bis zum Frühjahr 2021 alle beteiligten Ressorts ihre Maßnahmen konkretisieren sollen. Anschließend veröffentlicht der Kabinettausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus einen Abschlussbericht. Zudem sei die Zivilgesellschaft bei der Maßnahmenplanung einbezogen worden. Die Regierung geht nicht darauf ein, wer genau daran beteiligt war und inwieweit eine weitere Einbindung bei der Konkretisierung und Umsetzung erfolgen soll. Es heißt lediglich, dass 45 Menschen aus „Zivilgesellschaft“ und „Migrantenorganisationen“ sowie 12 Wissenschaftler*innen angehört wurden und „eine Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure […] maßnahmenbezogen“ erfolgt.[13] Es ist zwar eine Dokumentation der Ergebnisse der Voranhörungen geplant, jedoch ist eine Veröffentlichung der Stellungnahmen nicht vorgesehen. Die Frage danach, welche Maßnahmen wirklich im Rahmen des Kabinettsausschusses neu erarbeitet wurden, bleibt unbeantwortet. Es heißt hingegen, dass die Bekämpfung eine „politische Daueraufgabe“ sei und dass „bereits vor Einrichtung des Kabinettausschusses umgesetzte Maßnahmen [nicht] […] in diesen Maßnahmenkatalog […] eingeflossen“ sind.[14] Bezogen auf das weitere Verfahren der Finanzierung der Maßnahmen erfolgt kurzfristig eine Bekanntgabe der Verfahrenshinweise durch das Bundesministerium der Finanzen. Der Finanzrahmen liege bei rund einer Milliarde Euro für die Jahre 2021 bis 2024. Zusätzlichen stehen in diesem Jahr noch 150 Millionen Euro für die Umsetzung der Maßnahmen zur Verfügung.[15] Noch scheint nicht abschließend geklärt, wie die Organisation der Finanzierung sowie die Aufteilung der Gelder auf die einzelnen Ressorts erfolgen soll. Ferner wird mehrmals angemerkt, dass jedes Ressort für die Umsetzung der einzelnen Vorhaben eigenverantwortlich ist. Abschließend wird aufgeführt, dass noch in dieser Wahlperiode ein Gesetzentwurf zur Förderung der wehrhaften Demokratie vorliegen soll.[16]

Insgesamt wird der Maßnahmenkatalog von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen überwiegend positiv aufgenommen. „Amnesty International“

[7] BPA (2021). Aktionsplan Integration bekommt Kapitel zur Kultur – Grütters: „Kultur ist der Kitt in einer offenen Gesellschaft“. Online unter: https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/aktionsplan-integration-bekommt-kapitel-zur-kultur-gruetters-kultur-ist-der-kitt-in-einer-offenen-gesellschaft--1873730 (Abruf: 22.03.2021).

[8] Tagesschau (2021). Kein „Rasse“ mehr im Grundgesetz. Online unter: https://www.tagesschau.de/inland/grundgesetz-diskriminierung-rassismus-101.html (Abruf: 22.03.2021).

[9] Bundesregierung (2021). Gesetzentwurf zur Strafbarkeit von Feindeslisten. Online unter: https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/ergaenzung-im-strafgesetzbuch-1876138 (Abruf: 22.03.2021).

[10] BPA (2020). Maßnahmenkatalog des Kabinettausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus.

[11] Spiegel (2021). Bedenken gegen linke Organisationen. Unionsfaktion bremst Demokratiefördergesetz aus. Online unter: https://www.spiegel.de/politik/deutschland/cdu-csu-unionsfraktion-bremst-demokratiefoerdergesetz-aus-a-6fef4874-c411-4bbb-ab2e-64cb1f06976a (Abruf: 22.03.2021).

[12] taz (2021): Union stellt sich gegen SPD. Demokratiefördergesetz. Blockiert. Online unter: https://taz.de/Union-stellt-sich-gegen-die-SPD/!5763792/ (Abruf: 06.04.2021)

[13] Bundesregierung (2021): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Michael Leutert, Dr. André Hahn, weiterer Abgeordneter und der Faktion DIE LINKE. Online unter: https://www.martinarenner.de/fileadmin/MartinaRenner/Anfragen/Beantwortet/2021/1926857.pdf

[14] Ebd.

[15] Ebd.

[16] Vgl. ebd.

sieht zum Beispiel in dem beschlossenen Maßnahmenpaket „gute Ansätze für die Bekämpfung von Rassismus“, auch wenn diese zu vage seien und die Rolle der Sicherheitsbehörden zu sehr ausklammern würden.[17] Sowohl der „Bundesausschuss politischer Bildung“ (bap) sowie der „Bundesverband Mobile Beratung e. V.“ bezeichnen den geplanten Maßnahmenkatalog als positiv und relevant.[18][19] Auch die „Fachgruppe Sozialpsychologie der Deutschen Gesellschaft für Psychologie“ (DGPs) begrüßt „die politische Initiative sowie den beschlossenen Maßnahmenkatalog ausdrücklich“. Allerdings sieht sie „bei der Konzeption der forschungsbezogenen Maßnahmen und der wissenschaftlichen Begleitforschung noch Optimierungsbedarf“.[20] „CLAIM – Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit“ nimmt in dem Katalog „erste wichtige Schritte für die Bekämpfung von Rassismus und konkret antimuslimischem Rassismus“ wahr. Insgesamt sei er jedoch zu vage.[21] Lob erhielt der Kabinettausschuss zudem von dem „Zentralrat der Juden in Deutschland“ sowie von Sylvie Nantcha, Bundesvorsitzende von „The African Network of Germany“ (TANG) für die Ausarbeitung des Maßnahmenkatalogs.[22] Entscheidend hierbei sei laut Zentralratspräsident Dr. Josef Schuster die Umsetzung dieser Maßnahmen.[23] Auch der „Zentralrat Deutscher Sinti und Roma“ begrüßt die 89 Maßnahmen und hebt positiv hervor, dass die Bekämpfung von Antiziganismus im Katalog aufgenommen wurde.[24] Jedoch sind auch kritische Stimmen zu hören. Der „Antidiskriminierungsverband Deutschland“ (advd) bezeichnet beispielsweise den Maßnahmenkatalog in Bezug auf den Diskriminierungsschutz als Enttäuschung auf allen Ebenen. So würden der „flächendeckende Aus- und Aufbau der unabhängigen Antidiskriminierungsberatung (ADB) sowie die dringende Novellierung des Allgemeines Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) und Stärkung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) nicht berücksichtigt“. Eva Maria Andrades, Geschäftsführerin des advd meint, dass „das Maßnahmenpaket zeigt, dass der Kabinettausschuss das Thema Rassismus nicht vollends verstanden hat“.[25] Maria Scharlau, Expertin für Anti-Rassismus bei „Amnesty International in Deutschland“ fordert zudem, dass „unabhängige Beschwerde- und Untersuchungsmechanismen für die Polizei sowie verbindliche Antirassismus-Trainings etabliert“ werden. Jedoch finden sich „keine dieser langjährigen Forderungen von Amnesty International […] in dem Maßnahmenpaket wieder“.[26] Der „Bundesverband Mobile Beratung e. V.“ äußert neben der Zustimmung zu dem Katalog auch Bedenken aufgrund einer fehlenden Gesamtstrategie.[27] Auch der „Zentralrat der Juden in Deutschland“ kritisiert, dass der Ausschuss einen „stärkeren Fokus auf die Bekämpfung von Antiziganismus“ hätte legen müssen.[28]

Neben den Stellungnahmen zu dem gesamten Katalog des Kabinettausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus kommentierten einige Initiativen und Institutionen zudem zu einzelnen derzeit schon verabschiedeten Maßnahmen. Beispielsweise äußert sich der „Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e. V.“ zu dem Gesetzesentwurf zur Änderung des Strafgesetzbuches. Er begrüßt, dass sogenannte Feindeslisten unter Strafe gestellt werden sollen, führt jedoch an, dass „die Einführung eines neuen §126a StGB […] nicht geeignet [sei], Menschen vor den Gefahren rechter, rassistischer, antisemitischer oder misogyn motivierter Gewalttaten zu schützen, sie ausreichend über mögliche Gefahren zu informieren und ihnen professionelle Beratung zur Verfügung zu stellen.“[29] Auch der DGB hat eine

[17] Amnesty Deutschland (2020). Massnahmenpaket gegen Rassismus nicht ausreichend. Online unter: https://www.amnesty.de/allgemein/pressemitteilung/deutschland-massnahmenpaket-gegen-rassismus-nicht-ausreichend (Abruf: 22.03.2021).

[18] bap (2020). Ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus. Online unter: https://www.bap-politischebildung.de/ein-wichtiger-schritt-zur-bekaempfung-von-rechtsextremismus-und-rassismus/ (Abruf: 22.03.2021).

[19] BMB e. V. (2020). Bundesverband begrüßt wichtige Schritte des Kabinettsausschusses – jetzt braucht es konkrete Planungen statt Doppelstrukturen. Online unter: https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/2020/11/26/bundesverband-begruesst-wichtige-schritte-des-kabinettsausschusses-jetzt-braucht-es-konkrete-planungen-statt-doppelstrukturen-und-ankuendigungen/ (Abruf: 22.03.2021).

[20] DGPs (2020). DGPs-Stellungnahme zum Maßnahmenkatalog des Kabinettausschusses zur „Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus“. Online unter: https://www.dgps.de/index.php?id=2000498&tx_ttnews%5Btt_news%5D=2010&cHash=5dc06b7df0f0abb5af03ee36144408c6 (Abruf: 22.03.2021).

[21] CLAIM (2020). Maßnahmenkatalog gegen Rechtsextremismus und Rassismus: Erste wichtige Schritte für die Bekämpfung von Rassismus und konkret antimuslimischem Rassismus, aber viele Punkte vage. Online unter: https://www.claim-allianz.de/aktuelles/news/massnahmenkatalog-gegen-rechtsextremismus-und-rassismus-erste-wichtige-schritte-fuer-die-bekaempfung-von-rassismus-und-konkret-antimuslimischem-rassismus-aber-viele-punkte-bleiben-vage/ (Abruf: 22.03.2021).

[22] Dernbach, Andrea (2020). Minderheiten begrüßen Beschlüsse gegen Rassismus. In: Tagesspiegel, 26.11.2020. Online unter: https://www.tagesspiegel.de/politik/massnahmenkatalog-der-bundesregierung-minderheiten-begruessen-beschluesse-gegen-rassismus/26662550.html (Abruf: 22.03.2021).

[23] Zentralrat der Juden (2020). Zu Katalog des Kabinettausschusses: Auf die Umsetzung kommt es an. Online unter: https://www.zentralratderjuden.de/aktuelle-meldung/artikel/news/zu-katalog-des-kabinettausschusses-auf-die-umsetzung-kommt-es-an/ (Abruf: 22.03.2021).

[24] Zentralrat Deutscher Sinit & Roma (2020). Bekämpfung von Antiziganismus auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen verankern. Online unter: https://zentralrat.sintiundroma.de/bekaempfung-von-antiziganismus-auf-allen-gesellschaftlichen-und-politischen-ebenen-verankern/ (Abruf: 22.03.2021).

[25] Advd (2020). Kein effektiver Schutz vor Rassismus ohne Antidiskriminierung! Online unter: https://www.antidiskriminierung.org/pressemitteilungen/2020/12/8/kein-effektiver-schutz-vor-rassismus-ohne-antidiskriminierung (Abruf: 22.03.2021).

[26] Amnesty Deutschland (2020). Massnahmenpaket gegen Rassismus nicht ausreichend.

[27] BMB e. V. (2020). Bundesverband begrüßt wichtige Schritte des Kabinettsausschusses – jetzt braucht es konkrete Planungen statt Doppelstrukturen.

[28] Zentralrat der Juden (2020). Zu Katalog des Kabinettausschusses: Auf die Umsetzung kommt es an.

[29] VBRG (2021). Stellungnahme zum „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches – Verbesserung des strafrechtlichen Schutzes gegen sogenannte Feindeslisten“. Online unter: https://verband-brg.de/betroffene-von-neonazi-feindeslisten-informieren-und-bestehende-gesetze-anwenden-stellungnahme-zum-gesetzentwurf-eines-%c2%a7126astgb/ (Abruf: 23.03.2021).

Stellungnahme zu dem Gesetzesentwurf zur Änderung des Artikels 3 des Grundgesetzes veröffentlicht. Darin wird diese Änderung begrüßt und diese als „wichtigen Schritt im Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus“ bezeichnet. Ergänzend wird die „Aufnahme des Verbots von Diskriminierungen aufgrund der „sexuellen Identität“ gefordert.[30]

Für die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln stellt der Maßnahmenkatalog ebenso einen wichtigen Baustein in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus dar. Eine abschließende Bewertung wird jedoch von der Umsetzung und Ausgestaltung der Maßnahmen abhängen. (sj)

www.antisemitismus-melden.koeln
NS-DOK erweitert Fachstelle Antisemitismus

Die Stadt Köln hat die bei der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus angesiedelte Fachstelle *[m²] miteinander mittendrin. Für Demokratie - Gegen Antisemitismus und Rassismus* um zwei dauerhafte halbe Stellen erweitert. Das seit 2019 bestehende Bildungsangebot konnte so um zwei neue Kompetenzbereiche ergänzt werden:

Im Kompetenzbereich „Recherche und Dokumentation antisemitischer Vorfälle“ verfolgt der Historiker Daniel Vymyslicky das Ziel, anhand der Sammlung und Auswertung empirischer Daten gegen die Dunkelziffer im Bereich Antisemitismus vorzugehen. Zu diesem Zweck wird eine Meldeseite betrieben (www.antisemitismus-melden.koeln), über die antisemitische Vorfälle in Köln digital gemeldet werden können. Erfasst werden dabei neben antisemitisch motivierten Straftaten auch strafrechtlich nicht relevante Vorfälle. Zudem recherchiert der Mitarbeiter eigenständig nach antisemitischen Vorfällen, etwa im Rahmen von Präsenzveranstaltungen oder im Internet (sofern ein Bezug zur Stadt Köln besteht).

Im Kompetenzbereich „Beratung und Begleitung“ bietet die Psychologin Stella Shcherbatova psychosoziale Beratung für alle Menschen an, die in Köln von Antisemitismus bedroht oder betroffen sind. Das niedrigschwellige Beratungsangebot richtet sich dabei ganz nach den Wünschen und Bedürfnissen der Beratungssuchenden: ob in Einzel- oder Gruppenberatungen, ob telefonisch oder in geschützten Räumen, ob auf Deutsch oder Russisch. Die Mitarbeiterin verfolgt das Ziel, Betroffene von Antisemitismus langfristig zu unterstützen und zu stärken. In enger Zusammenarbeit unterstützen die beiden Mitarbeiter*innen Betroffene von antisemitischen Straftaten, etwa bei Behördengängen, der Suche nach Rechtsbeistand und der Stellung von Anträgen.

Das langjährige Engagement der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus wird durch die Erweiterung der Fachstelle [m²] deutlich verstärkt. Antisemitismus stellt eine der Kernideologien der extremen Rechten dar, zahlreiche judenfeindliche Vorfälle sind diesem Milieu zuzuordnen. In diesem Sinne kann die Zusammenarbeit der Fachstelle [m²] mit der ebenfalls bei der ibs angesiedelten Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus wertvolle Synergien bilden. Insgesamt handelt es sich beim Antisemitismus jedoch um ein gesamtgesellschaftliches Phänomen, welches sich nicht auf die extreme Rechte beschränkt. Aus diesem Grund widmet sich die Fachstelle [m²] explizit allen Ausdrucks- und Erscheinungsformen von Antisemitismus. Dazu gehört sowohl verschwörungsideologischer, islamistischer und linker Antisemitismus als auch Judenfeindschaft aus der bürgerlichen Mitte.

Weitere Infos:
www.antisemitismus-melden.koeln

[30] DGB (2021). Stellungnahme DBG zum Diskussionsentwurf des BMJV – Entwurf eines Gesetzes zur Ersetzung des Begriffs „Rasse“ in Artikel 3 Absatz 3 Satz 1 GG. Online unter: https://www.dgb.de/downloadcenter/++co++f82af33a-7cef-11eb-a1dc-001a4a160123 (Abruf: 23.03.2021).

Aktivitäten der extremen Rechten

Jahresbericht der Mobilen Beratung veröffentlicht

Die Covid19-Pandemie hat das Leben der Menschen weltweit verändert, wenn auch auf durchaus verschiedene Weise. Durch die Corona-Schutzverordnungen wurde das öffentliche und alltägliche Leben massiv eingeschränkt. Einige Grundrechte, wie das Versammlungsgesetz, wurden kurzzeitig eingeschränkt und kulturelle Angebot wurden runtergefahren. So musste beispielsweise das NS-Dokumentationszentrum lange Zeit geschlossen bleiben.

Die Einsamkeit und häusliche Enge im Lockdown, Homeoffice und Homeschooling verschärften zwischenmenschliche und soziale Probleme, viele Menschen hatten finanzielle Sorgen, die wirtschaftlichen Folgen von Covid19 verstärkten schon bestehende sozial-ökonomische Ungleichheiten in der Gesellschaft. Die Schulen blieben geschlossen, Familien und vor allem Alleinerziehende wurden vor große Herausforderungen gestellt. Es wurde gesellschaftlich diskutiert, wer „systemrelevant“ sei, und was diese Gesellschaft letztlich ausmacht.

Doch nicht alle beteiligten sich gleichermaßen an der Diskussion. Welche gesellschaftlichen Teile suchten nach einer öffentlichen Debatte? Wer besetzte die Leerstelle, die sich auf einmal auftat, als die Zivilgesellschaft größtenteils zu Hause blieb und sich an die Corona-Schutzverordnungen hielt? Wer bespielte den nun erstmals leeren öffentlichen Raum mit Forderungen und Parolen? Es waren nicht die Stimmen der Risikopatient*innen, es war auch nicht die Stimme einer solidarischen Gesellschaft, die die sozialen Ungleichheit in Deutschland und global thematisierte und sich dagegen wandte, dass die Krise auf Kosten der Armen „gelöst“ wird. Auch die Stimmen der Menschen, die Einsicht mit den Corona-Schutzmaßnahmen zeigten, wurden eher leise vernommen.

In die entstehenden Leerstellen traten u.a. Impfgegner*innen, Pandemieleugner*innen, Verschwörungsgläubige und die extreme Rechte. Anhänger*innen des autoritären Staats stellten sich plötzlich staatlichen Maßnahmen entgegen. Alte rechte Ideologien von der Volksgesundheit, natürlichen Selektion und Euthanasie fanden ihren neuen Ausdruck in einer Ablehnung aller Maßnahmen, die der Eindämmung der Pandemie dienen sollen. Antisemitische Verschwörungsideologien wurden auf das Virus projiziert. Und wie schon im Rahmen der „Montagsmahnwachen für den Frieden“ spazieren und marschieren wieder Esoteriker*innen mit Regenbogenfahnen und Monarchist*innen mit Reichskriegsflaggen Seite an Seite gegen die Regierung.

Diesen Aktivitäten wird im Jahresbericht der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln nachgegangen und das Jahr 2020 dahingehend rekapituliert. Dabei wird versucht, die relevantesten rechten Akteur*innen im Regierungsbezirk Köln zu skizzieren, also dem Gebiet zwischen Leverkusen und Bonn, Aachen und Gummersbach, in dem die Mobile Beratung tätig ist. Daran anschließend findet eine Auseinandersetzung mit den Protesten gegen die Corona-Schutzmaßnahmen statt. Dennis Pesch gibt in einem Interview einen Überblick über sogenannte „Querdenker*innen“, „Corona-Rebellen“ und Co. Schließlich werden im nächsten Kapitel rechte Schmierereien und Übergriffe des letzten Jahres benannt. Weiter kommen zivilgesellschaftliche Akteur*innen zu Wort, die sich durch die Arbeit „gegen Rechts“ positionieren. Auch sie geben einen kurzen Rückblick auf das vergangene Jahr. Abschließend wird ein Ausblick auf das Jahr 2021 gegeben und auf weitere aufschlussreiche Rechercheergebnisse und Veröffentlichungen verwiesen.

Der Jahresbericht unter: www.mbr-koeln.de

Zehn-Punkte-Aktionsplan gegen Rassismus und Antidiskriminierung

UNESCO lobt Kölner Maßnahmen

European Coalition of Cities against Racism

Die Stadt Köln teilt mit: „*Anfang 2020 hat die Stadt Köln den Sachstandsbericht zum Zehn-Punkte-Aktionsplan der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR) eingereicht. In diesem Bericht, werden die umfangreichen Aktivitäten der Stadt zur Bekämpfung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit dargelegt. Der wissenschaftliche Beirat und die UNESCO haben den Kölner Sachstandsbericht unter allen eingereichten Konzepten besonders hervorgehoben. Zur Koalition, der Köln seit 2005 angehört, zählen rund 140 europäische Städte. Alle haben sich verpflichtet, Rassismus und Diskriminierung auf kommunaler Ebene zu bekämpfen, um so einen Beitrag zum Schutz der Menschenrechte zu leisten, Integration zu fördern und die Vielfalt in Europa zu achten.*

*Der Zehn-Punkte-Aktionsplan dient dabei als Unterstützung, kommunale Strategien zu optimieren und Prioritäten festzulegen. Seine Ziele sind unter anderem eine verstärkte Wachsamkeit gegenüber Diskriminierung und Rassismus sowie ein besserer Schutz für Betroffene. Die bei ECCAR eingereichten Sachstandsberichte der Mitgliedsstädte, werden von einem unabhängigen wissenschaftlichen Beirat (Scientific Advisory Committee, SAC) und Vertreter*innen der UNESCO evaluiert und mit Handlungsvorschlägen versehen.*

Im Evaluierungsbericht loben beide Institutionen das hohe Engagement der Stadt Köln, die langfristige Strategie der Integration aller Gruppen der städtischen Gesellschaft sowie die Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung, Rassismus und Extremismus. Dieses Engagement drücke sich 'deutlich in der strategischen Aufstellung der Abteilungen des Amtes für Integration und Vielfalt sowie des in der Kulturverwaltung angesiedelten NS-Dokumentationszentrum aus.' Positiv angemerkt wird auch die übergreifende Zusammenarbeit verschiedener Dienststellen, die sich mit den Themen LSBTI, Menschen mit Behinderung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit beschäftigen sowie mit Intersektionalität, also der Überschneidung und Gleichzeitigkeit verschiedener Formen von Diskriminierung gegenüber einer Person. Für Köln ist Vielfalt eine Stärke und fester Bestandteil der Identität dieser Stadt, sagt Oberbürgermeisterin Henriette Reker.

Wir müssen uns immer wieder engagiert dafür einsetzten, dass diese Vielfalt als Wert wahrgenommen und gelebt wird. Für mich bedeutet das auch, dass sich die Kölnerinnen und Kölner entschieden gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, also jedwede Form von Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus oder Homo- und Transfeindlichkeit stellen.'

Der wissenschaftliche Beirat der UNESCO begrüßt ausdrücklich, wie ausgewogen die Maßnahmen für die Verwaltung und für die Stadtbevölkerung konzipiert sind. Die Stadt Köln weise dabei eine gute Mischung aus unterstützenden Maßnahmen aus, um Diskriminierung zu bekämpfen und lege zugleich Rahmenbedingungen fest, die die Möglichkeiten für diskriminierendes Verhalten einschränkten.

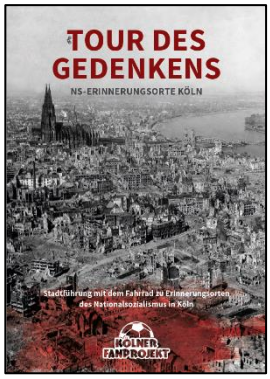
Als besonders positiv werden in dem Bericht auch die Kölner Mindeststandards für die Unterkünfte und die Betreuung Geflüchteter hervorgehoben. Gleiches gilt für die seitens der Stadt geschaffenen Richtlinien, die dabei helfen sollen nichtdiskriminierende Praktiken auf dem Wohnungsmarkt sicherzustellen oder Diskriminierungsopfer zu unterstützen. SAC und UNESCO ermutigen die Stadt Köln an den skizzierten, geplanten Projekten festzuhalten und diese weiterzuentwickeln. Darüber hinaus regen sie die Stadt Köln an, den Aufbau einer Datenbasis zu Gleichstellungsdaten zur Prävention jedweder Form von Diskriminierung und gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit aufzubauen."

Tour des Gedenkens

Neuauflage der Broschüre zu NS-Erinnerungsorten in Köln

Das Kölner Fanprojekt teilt mit: „*Nach etlichen Wochen Recherche & spannender Austausche dürft ihr nun die überarbeitete Neuauflage der Erinnerungsorte-Broschüre des Kölner Fanprojekts bestaunen, welche wir Euch hier als PDF zur Verfügung stellen. Die Broschüre gibt eine Übersicht über eine Auswahl an Kölner Erinnerungsorten des Nationalsozialismus und dient als ergänzendes Nachschlagwerk für unser – auf regen Anklang stoßende – Tour des Gedenkens. Die Leser*innen werden mit dieser Broschüre herzlich eingeladen sich mit der Kölner Geschichte auseinanderzusetzen und auch selbst auf Erinnerungstour und Spurensuche vor der eigenen Haustür zu begeben. Neben einer Vielzahl von Erinnerungsorten finden sich in der Broschüre u.a. auch folgenden Beiträge:*

- 'Das Schicksal der Brüder Levy' aus 'Im Zeichen des Geißbocks' von Tom Hardt, Frederic Latz und Dirk Unschuld
- ein intimer Einblick des DW-Journalisten Felix Tamsut in die Gefühlswelt als FC-Fans und Jude, der in Köln seine zweite Heimat gefunden hat
- eine detailreiche Ausführung über die historische Entwicklung und Rolle des Sportparks Müngersdorfs von 'BiBeriS – Bildung & Beratung im Sport"
- ein Gastbeitrag des Bürgerverein Müngersdorf über den, erst letztes Jahr eingeweihten, Gedenkort Müngersdorf
- ein Beitrag über den jüdischen Sport in Köln vor dem Nationalsozialismus von Yuval Rubovitch
- ein Interview über das Engagement der Ultragruppe ‚Coloniacs'



*Wir wünschen Euch eine anregende Lektüre und bedanken uns ganz herzlich bei allen Mitwirkenden und Unterstützer*innen dieses Projekts! Kommt gerne bald wieder mit uns auf 'Tour des Gedenkens' oder erkundet (auch in den Zeiten von #physicaldistancing) mit Hilfe dieser Broschüre die Kölner Vergangenheit in Eigenregie. Die Printausgabe dieser Broschüre gibt's bald bei eurem Kölner Fanprojekt*."

Die Broschüre online unter:
https://koelnerfanprojekt.de/?p=3130

Rechtsextremismus erkennen und melden!

Broschüre zu extrem rechten Strukturen, Codes und Symbolen in Niedersachsen

Die Mobile Beratung Niedersachsen teilt mit: „*Egal ob auf dem Schulhof, im Betrieb, bei der Familienfeier oder im öffentlichen Raum: extrem rechte Erscheinungsformen sind leider allgegenwärtig. Als Strategie der* Raumnahme *versuchen rechtsextreme Gruppierungen ihre antisemitische, rassistische und autoritäre Ideologie mit Stickern, Kleidung und Musik zu normalisieren. Mitunter sind die Codes der Szene nicht eindeutig zu erkennen und dienen untereinander als Erkennungszeichen.*

*Die neue Broschüre ‚*Zur Schau getragen – Symbole, Codes und Marken der extremen Rechten*' der Mobilen Beratung Niedersachsen gibt Hintergrundinformationen zu Parteien und Strukturen, historischen und aktuellen Symbolen und Codes sowie rechtsextremen Kleidungsmarken, Musikgruppen und der Kampfsportszene. Die Broschüre stärkt die Handlungssicherheit von Fachkräften, der engagierten Zivilgesellschaft, Städten und Kommunen sowie interessierten Einzelpersonen im Umgang mit rechtsextremen Erscheinungsformen. Ergänzend können sich Ratsuchende an die drei Regionalbüro in Oldenburg, Verden und Hildesheim wenden, um vor Ort gemeinsam mit den Berater*innen nachhaltige Konzepte zum Umgang mit Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus zu entwickeln.*

Mit der neuen Broschüre geht außerdem die aktualisierte Webseite der Mobilen Beratung Niedersachsen online. Unter www.mbt-niedersachsen.de besteht neben dem Zugang zum Beratungsangebot und Materialien zum Themenfeld Rechtsextremismus ab sofort die Möglichkeit, rechtsextreme Erscheinungsformen über ein Formular – auf Wunsch anonym – zu melden. Die Meldungen helfen, ein differenziertes zivilgesellschaftliches Bild über rechtsextreme Vorkommnisse in Niedersachsen zu erstellen. Dabei helfen insbesondere auch Vorfälle, die unter der Strafbarkeitsgrenze liegen."

Die Broschüre zum Download:
https://mbt-niedersachsen.de

Verschwörungsideologien!? Was kann man dagegen tun?

Handreichung der evangelischen Kirche in Hessen und Nassau

Die Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau teilt mit: „*In der Corona-Pandemie sind Verschwörungsideologien besonders in den Fokus der Öffentlichkeit geraten. Im Internet, auf der Straße, im Freundes-, Familien- und Bekanntenkreis begegnet man ihnen. Eine Broschüre der Zentren Oekumene Frankfurt/Main und für gesellschaftliche Verantwortung der EKHN gibt nun praktische Tipps zum Umgang mit Verschwörungsideologien, zeigt Hintergründe und theologische Perspektiven auf und trägt dazu bei, in der aufgeheizten Debatte sprach- und handlungsfähig zu bleiben.*

Als evangelische Kirche treten wir für eine reflektierte, differenzierte und verantwortliche Sicht der Dinge ein. Dabei stellen wir uns klar auf die Seite der Schwachen und widersprechen jeglicher Form von Rassismus, Antisemitismus,

Fundamentalismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit', so der Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Dr. Dr. Volker Jung."

Die Broschüre zum Download unter:
www.zgv.info

Heute schon gehetzt?

Handbuch zum Umgang mit Rechtspopulismus in der Jugend(sozial)arbeit

Der Kreisjugendring München-Land teilt mit: „*Das wichtigste Ziel politischer Bildung ist, jungen Menschen demokratische Prinzipien wie Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit oder den Schutz von Minderheiten zu vermitteln', wird Familienministerin Franziska Giffey im Rahmen des 16. Kinder- und Jugendberichts zitiert. Die im November 2020 erschienene Broschüre hat die Förderung demokratischer Bildung im Kinder- und Jugendalter im Fokus – auch der KJR beschäftigt sich 2021 verstärkt mit Demokratiebildung.*
Pünktlich dazu erscheint das Handbuch 'Heute schon gehetzt? Rechtspopulismus erkennen – verstehen – begegnen', welches pädagogisches Fachpersonal beim Umgang mit rechtspopulistischen Aussagen unterstützt und ebenso präventive Methoden vorstellt. Die Handreichung ist in einen theoretischen Wissensteil sowie einen Praxisteil mit hilfreichen Methoden und Übungen aufgeteilt. Das Diversity-Referat des KJR hat den Leitfaden speziell für Fachkräfte der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit entwickelt und stellt damit Hilfestellungen für verschiedene Settings und Altersgruppen bereit.

Die Anzahl der politisch motivierten Straftaten und Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund steigen in Deutschland an.1 Der KJR hingegen setzt sich als Gliederung des Bayerischen Jugendring schon immer gegen ein Aufleben militaristischer, nationalistischer, rassistischer und totalitärer Tendenzen ein (s. BJR-Satzung §3 f)). In allen Angeboten und Kooperationen schafft der KJR deswegen ein Bewusstsein für jede Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. 'Wir stehen für ein Klima der Offenheit, der Toleranz, des Respekts und der Zivilcourage', bestärkt der ehrenamtliche Vorsitzende Jan Museler den Auftrag des KJR. Die Angebote der politischen Bildungsarbeit im KJR sind vielseitig. Zuletzt erschienen auch ein Positionspapier 'Gegen Rechts' und ein Aufruf nicht gemeinsam mit Rechtsradikalen gegen die Corona-Politik zu demonstrieren."

Das Handbuch zum Download unter:
www.kjr-ml.de/fachthemen/diversity/interkulturelle-arbeit

Alliiert im Pressehass

Neue Broschüre in der Reihe „Feindbild Journalist“

Das Europäische Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (ECPMF) teilt mit: „*69 tätliche Angriffe ereigneten sich im Jahr 2020. Nie zuvor in den sechs Jahren seit Beginn der Erhebung erfasste das ECPMF mehr Angriffe. Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Zahl der Fälle um das Fünffache zu. Damit hat sich die Sicherheitslage von Journalist:innen in Deutschland abermals verschärft. Ausschlaggebend für den starken Anstieg sind die vielen Gewalttaten auf pandemiebezogenen Versammlungen. Dort erfolgten 71% aller Angriffe im vergangenen Jahr. Die Pressefeindlichkeit einer breiten Allianz aus Verschwörungsgläubigen, Reichsbürger:innen, Neonazis und Esoteriker:innen auf Deutschlands Straßen machten diese Demonstrationen zum gefährlichsten Arbeitsplatz für Journalist:innen. ‚Die milieuübergreifende Zusammensetzung der Querdenken-Anhänger:innen und ihr oftmals bürgerlich wirkendes Erscheinungsbild erschweren es Journalist:innen zunehmend, die Gefahr eines Angriffs einzuschätzen’, sagt Martin Hoffmann, einer der Autor:innen der Feindbild-Studie.*

33 Angriffe konnten politisch nicht eindeutig verortet werden. Dieser hohe Anteil ist hauptsächlich auf die unpräzise politische Positionsbestimmung vieler pandemiebezogener Demonstrationen und ihrer Anhänger:innen zurückzuführen. 31 Fälle haben einen eindeutig rechten Tatzusammenhang. Demgegenüber sind fünf Fälle dem linken Spektrum zuzuordnen. Der neue geografische Schwerpunkt liegt mit 23 Angriffen in Berlin. In den Vorjahren wurden die meisten Angriffe in Sachsen registriert. Es bleibt mit 19 Angriffen im Jahr 2020 weiterhin ein Kernland pressefeindlicher Attacken. ‚Die pressefeindliche Gewalt kann letztlich überall unvermittelt ausbrechen, wenn sich die Gelegenheit bietet. Letztes Jahr konnten wir in aller Deutlichkeit sehen, welches Aggressionspotenzial in einem Teil der Bevölkerung steckt’, sagt die Co-Autorin der Studie, Pauline Betche.

Damit bestätigt sich der Befund vorangegangener Feindbild-Studien: Gewalt und ‘Lügenpresse’-Vorwürfe begannen ab 2015 zu einer gefährlichen Normalität im journalistischen Arbeitsalltag zu werden. Journalist:innen wurden seitdem bespuckt, geschlagen, getreten und die Kamera aus der Hand gerissen. Mit dem Bedeutungsverlust von Pegida und dem Rückgang rechtspopulistischer Versammlungen gingen die Angriffe zunächst zurück. Der dort öffentlich gesäte Pressehass gehört insbesondere bei rechtsoffenen und radikalen Empörten aber inzwischen zum ideologischen Inventar.

Lutz Kinkel, Geschäftsführer des ECPMF, blickt mit Sorge auf die Pressefreiheit in Deutschland: ‘Für Journalist:innen bedeuten die körperlichen Angriffe, aber auch die permanente Drohkulisse eine Einschränkung ihrer Arbeit. Wenn sie Dreharbeiten abbrechen müssen und sich nicht mehr frei bewegen können, ist auch die Pressefreiheit in Deutschland gefährdet.’

Die Broschüre zum Download:
https://www.ecpmf.eu/wp-content/uploads/2021/03/Feindbild-Journalist-5-Alliiert-im-Pressehass.pdf

Junge Menschen und ihre Rechte an Schule

Veröffentlichung von Schule ohne Rassismus

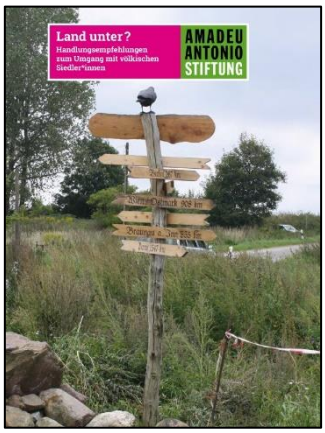
Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage teilt mit: „*Die Leitsterne, an denen sich das Netzwerk Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage ausrichtet, sind Menschenwürde, Menschenrechte, Gleichwertigkeit und Partizipation. Konkret geht es um eine demokratische Schulkultur und ein Schulklima, das Schüler*innen dabei unterstützt, die eigenen Rechte zu vertreten und andere zu respektieren. Es geht nicht zuletzt um ihr Wohlbefinden.*

Politikwissenschaftler Roland Roth plädiert in diesem Baustein dafür, sich an Schulen und vor allem auch im Courage-Netzwerk stärker auf die Kinderrechtskonvention der UN zu beziehen. Er zeigt auf, wie die Kinderrechte einen anspruchsvollen und zugleich normativen Rahmen bilden können.“

Die Broschüre zum Download unter:
https://www.schule-ohne-rassismus.org/produkt/baustein-10-junge-menschen-und-ihre-rechte-in-schulen/

Land unter?

Handlungsempfehlung zum Umgang mit völkischen Siedler*innen



Die Amadeu-Antonio-Stiftung teilt mit: „*Für viele steht der ländliche Raum für Natur, Idylle und Ruhe – Doch für die Einheimischen ist das Landleben oft mit Problemen verbunden:*

*Ein Mangel an Arbeitsplätzen, fehlende Infrastruktur, eine schlechte Anbindung an den Öffentlichen Personennahverkehr und ein geringes kulturelles Angebot können dafür sorgen, dass vor allem junge Leute wegziehen.Wenn nun junge Familien hinzuziehen, die sich ins Dorfleben einbringen und mit anpacken, indem sie beispielsweise neue Handwerksbetriebe aufbauen, wirkt es wie ein Glücksfall. In der ersten Freude über den Zuzug wird jedoch häufig übersehen, dass der ländliche Raum auch für Rechtsextreme attraktiv ist. Deren Strategie der völkischen Landnahme zielt darauf ab, im ländlichen Raum rechtsextreme Strukturen aufzubauen, um so Einfluss im Dorfleben zu erlangen, ihre Ideologie zu verbreiten und zu normalisieren.Wenn Nachbar*innen, Vereinsmitglieder, Arbeitskolleg*innen und Lehrer*innen oder Erzieher*innen auf die rechtsextreme Ideologie der Zugezogenen aufmerksam werden, schrecken viele vor einer direkten Konfrontation zurück.*

*Bleiben jedoch Widerstand und Gegenrede aus, fühlen sich völkische Akteur*innen in ihrem Vorgehen bestätigt. Unsere neue Handreichung 'Land Unter? Handlungsempfehlungen zum Umgang mit völkischen Siedler*innen' möchte alle, die in ihrem Alltag mit völkischen Siedler*innen konfrontiert sind, dabei unterstützen, einen eigenen Umgang mit dem Problem der rechtsextremen Landübernahme zu entwickeln. Dafür haben wir die wichtigsten Informationen gebündelt und Empfehlungen dafür zusammengetragen, wie ihr euch in der Nachbarschaft, in Ihrer Kommune, in Bildungseinrichtungen, der Vereinsarbeit sowie am Arbeitsplatz verhalten können*."

Broschüre zum Download:
https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2021/02/Land-unter-Internet.pdf

Neu in der Bibliothek

Rassismuskritische Bildungsarbeit

Der Wochenschau Verlag teilt mit: „*Rassismus ist weit mehr als ein bloßes Konglomerat von Vorurteilen und schlichtweg falschen Annahmen über bestimmte Menschen, die als Mitglieder imaginierter Kollektive wahrgenommen werden. Rassistisches Wissen ist auch keineswegs auf die extreme Rechte beschränkt. Rassismus ist weit mehr als ein bloßes Konglomerat von Vorurteilen und schlichtweg falschen Annahmen über bestimmte Menschen, die als Mitglieder imaginierter Kollektive wahrgenommen werden. Rassistisches Wissen ist auch keineswegs auf die extreme Rechte beschränkt, sondern ein Bestandteil des kollektiven Wissens in der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Überdies ist Rassismus ein machtvolles Element im Kampf um Ressourcen und Zugänge zu gesellschaftlichen Positionen.*

*Dieses Buch wendet sich der Theorie und Praxis rassismuskritischer Bildung zu und ermöglicht Orientierungen in diesem komplexen Feld. Dabei kommen sowohl Wissenschaftler*innen als auch Praktiker*innen einer solchen Bildungsarbeit zu Wort.*

<u>Inhalt:</u>
Karim Fereidooni, Stefan E. Hößl: Rassismuskritische Bildungsarbeit und die Unmöglichkeit eines pädagogisch-didaktischen ‚Königsweges'. Eine Hinführung

Shadi Kooroshy, Paul Mecheril, Saphira Shure: Rassismus in der Migrationsgesellschaft

Karim Fereidooni: Gadje-Rassismus am Beispiel des deutschen Schulwesens

*Amaro Drom, Amaro Foro: Empowerment und Rassismussensibilisierung bei Amaro Drom e. V.:Politische Selbstorganisation, gegenseitige Vernetzung, historische Bildungsarbeit und intersektionale Arbeitsweisen aus Sicht junger Rom*nja und Sinti*zze*

Riem Spielhaus: Antimuslimischer Rassismus

Mariam Puvogel, Sindyan Qasem: Antimuslimischer Rassismus als Gegenstand der pädagogischen Islamismusprävention – eine kritische Reflexion der eigenen Praxis

Saba-Nur Cheema: (K)Eine Glaubensfrage. Bildungsarbeit im Kontext religiöser Pluralität und antimuslimischem Rassismus

Fallon Tiffany Cabral, Kerti Puni-Specht, Tran Thu Trang, Noa K. Ha: Kulturproduktion und Selbstorganisierung im Spannungsfeld von Exotisierung und Rassismuskritik: Asiatische Deutsche im Blick

Zülfukar Çetin: Einführung in die Intersektionalität

Özcan Karadeniz, Anna Sabel: Rassismuskritische Bildungsarbeit als Gefühlsarbeit

Ilinda Rebecca Bendler, Nadine Golly unter Mitarbeit von Laura Digoh-Ersoy: Empowerment. Selbstermächtigung. Ein politisches und emanzipatives Konzept zur Schaffung eigener Räume und Narrative

<u>Die Herausgeber:</u>
*Karim Fereidooni ist Juniorprofessor für Didaktik der sozialwissenschaftlichen Bildung an der Ruhr-Universität Bochum. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in den Bereichen Rassismuskritik in pädagogischen Institutionen, Schulforschung und Politische Bildung in der Migrationsgesellschaft sowie Diversity Studies für den Lehrer*innenberuf.*

Stefan E. Hößl ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln, Fachstelle ' [m²] miteinander mittendrin. Für Demokratie – Gegen Antisemitismus und Rassismus'. Die qualitativ-rekonstruktive Auseinandersetzung mit antidemokratischen Phänomenen im Jugendalter ist zentraler Schwerpunkt seiner Arbeit."

Karim Fereidooni, Stefan E. Hößl: Rassismuskritische Bildungsarbeit. Reflexionen zu Theorie und Praxis
Wochenschau Verlag, Frankfurt/M. 2021
192 Seiten, 22,90 Euro
ISBN 978-3-7344-1188-5

Am rechten Rand

„Lukreta“ wurde am feministischen Kampftag aktiv – auch wenn sie sich gegen Feminist*innen aussprechen

Neben Reinhild Boßdorf und Manuela P. war auch die recht neue Aktivistin Rougan am 8. März in Bonn am alten Friedhof zugegen. Die „Lukreta“-Aktivistinnen legten Blumen an den Gräbern von Clara Schumann und Maria Magdalena van Beethoven nieder und verbreiteten die entstandenen Fotos auf ihren Social Media Kanälen. Diese wurden mit den Worten eingerahmt, dass die beiden Frauen für eine „starke Feminität ohne Quote“ stehen würden. Somit nutzte „Lukreta“ die beiden toten Frauen dafür, gegen eine Frauen*Quote zu agitieren und zu betonen, dass der 8. März dafür da wäre, um die „wahre Weiblichkeit zu zelebrieren“. Wie diese „wahre Weiblichkeit“ aussieht, wird nicht weiter erläutert. In ihrem Kommentar in „Krautzone“ ordnet Reinhild Boßdorf dies weiter ein. Reinhild spricht sich hier gegen einen intersektionalen Feminismus aus und spricht den Forderungen von zahlreichen Feminist_innen an diesem Tag ihre Relevanz ab. (rh)

Kundgebung des „Aufbruch Leverkusen“

Am 20. März 2021 führte der „Aufbruch Leverkusen“ eine Kundgebung unter Motto „Leverkusen sagt Nein zum Lockdown-Desaster – es reicht!“ vor dem Wiesdorfer Rathaus durch. Bei Facebook wurde mit der Verlautbarung mobilsiert, dass der „Aufbruch Leverkusen“ die „einzige Gruppierung im Stadtrat von Leverkusen“ sei, die „sowohl parlamentarisch aber auch außerparlamentarisch Widerstand gegen diese Politik“ leiste.

Eröffnet wurde die Veranstaltung durch eine Rede des „Aufbruch“-Vorsitzenden Winfired Kranz. Dieser betonte, dass es nur besorgte Menschen auf dieser Kundgebung gebe und keine Coronaleugner und Impfgegner. Er endete mit dem pathetischen und immer wieder auf Kundgebungen der „Querdenker*innen“ zu hörenden Slogan „Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf!“. Auch Markus Beisicht und André Poggenburg hielten eine Rede. Poggenburg kritisierte die angebliche „Panikmache“, die durch „Merkel, Spahn und Lauterbach“ sowie die „systemnahen Medien“ befeuert würde. Weiter meldete sich ein Mitglied von „Ungetrübt Media“ zu Wort. Trotz der geringen Teilnehmer*innenzahl wird die Mahnwache vom „Aufbruch Leverkusen“ als erfolgreich bezeichnet. (rh)

„Arcadi“ geht offline

Die dem so genannten neurechten Spektrum zuzuordnende Medienplattform „Arcadi“ hat sich aufgelöst. Zwar ist der Verlagsshop von „Arcadi“ noch online, doch die Gesellschaft, die hinter der Magazinwebsite steht, reichte bei dem Handelsregister in Dresden einen Liquidierungseintrag ein. Die Website des Medienmagazins ist nicht weiter erreichbar. Als Chefredakteur und Mitherausgeber fungierte Yannick Noé, der für die AfD im Leverkusener Stadtrat sitzt.

„Arcadi“ galt als Schnittstelle zwischen der AfD, der Jungen Alternative und der sogenannten „Identitären Bewegung“ und startete nach Eigenangaben als „wertiges Kulturmagazin für junge Europäer“. In ihrer ersten Printausgabe im Jahr 2017 wurde im Impressum auf die Unterstützung des Vereins „Ein Prozent für unser Land“ hingewiesen.

2018 tauchte „Arcadi“-Magazin auch schon im Bericht des nordrheinwestfälischen Verfassungsschutzes auf. (rh)

Proteste gegen Corona-Schutzverordnung in Köln

Für den 27. März wurde in Köln zu verschiedenen Kundgebungen gegen die Corona-Schutzverordnung aufgerufen: Für 13 Uhr wurde ohne Anmeldung zum Kölner Dom mobilisiert. Hier agitierte vor allem das Umfeld der „Kölsche Mitte“ bzw. des „Begleitschutz Köln“ um Dennis Mocha. Das Motto dieser Veranstaltung lautete „Es reicht“. Die Mobilisierung fand vor allem im Internet statt. Dabei wurde angekündigt, durch die Kölner Innenstadt bis zum Neumarkt zu spazieren. Dieser unangemeldete Demonstrationszug wurde von der Polizei jedoch unterbunden. Zwar versuchten Teilnehmende mehrfach, den Platz vor dem Dom zu verlassen, jedoch ohne Erfolg. Als Alternative wurde ihnen angeboten, sich alleine oder in Kleingruppen zum Ebertplatz zu begeben. Das wurde jedoch abgelehnt.

Als er auf seinen Verstoß gegen die geltende Maskenpflicht angesprochen wurde, schlug ein 34-Jähriger aggressiv auf Polizist*innen ein, worauf er in Gewahrsam genommen wurde. Diese Szene wurde von mehreren anderen Teilnehmenden beobachtet, die wütend und aggressiv auf das polizeiliche Vorgehen reagierten. Insgesamt kam es während der Veranstaltung zu zahlreichen Verstößen gegen die Corona-Schutzverordnung, weshalb sie gegen 14 Uhr von Seiten der Behörden aufgelöst wurde.

Zwischenzeitlich befanden sich zwischen 150 und 200 Teilnehmende auf der Domplatte, die mehrheitlich aus dem im Hooligan- und Neonazi-Milieu oder dem Umfeld kamen. Unter ihnen befanden sich unter anderem Sebastian R., Stefanie van Laak („NRW stellt sich quer“), Susanne W. und Cindy Kettelhut sowie Andrew C. und Jörg A. („Begleitschutz“), Ulrike H. und Volker F. („Widerstand steigt auf“), Dieter Bartsch („Klartext 20/21“) und Johanne Liesegang. Cindy Kettelhut tat sich dadurch hervor, dass sie erfolglos versuchte, durch eine Polizeikette zu brechen.

Einige Teilnehmende steuerten nach der Auflösung der Veranstaltung die Richtung des Rudolfplatzes an. Hier veranstaltet Bianca Pfaffenholz mit „Köln ist aktiv“ um 15 Uhr eine Veranstaltung unter dem Motto „Die Gegenseite ist anzuhören“. Bei der Mobilisierung zu dieser Veranstaltung war betont worden: „Wir sind eine Menschheitsfamilie aus Köln und Umgebung, die unabhängig ihrer Gesinnung, Hautfarbe, Religion oder politischer Ausrichtung für Frieden, Freiheit und Menschenrechte stehen.“ Tatsächlich war aber auch hier der Ablauf weniger friedlich: Auch auf dieser Veranstaltung weigerten sich ein Anwesender einen Mund-Nasen-Schutz zu tragen und wurde nach einer Ansprache gewalttätig. Während seiner Ingewahrsamnahme solidarisierten sich einige Teilnehmende mit dem Abgeführten und bewarfen zwei Polizist*innen mit Flaschen. Zwei der Angreifenden wurden ebenfalls in Gewahrsam genommen.

Als dritte Veranstaltung sollte von 14 bis 18 Uhr ein Autokorso mit 220 Fahrzeugen stattfinden. Als Sammlungsplatz wurde die Deutzer Werft angegeben, von der gegen 15.30 Uhr schließlich um die 30 Fahrzeuge abfuhren. Unterstützt wurde der Autokorso von dem Bergisch-Gladbacher Autokorso. In dem Umfeld des Sammelplatzes hielten sich neben Kevin G. auch Dennis Mocha und Sammy Musarie (beide „Begleitschutz Köln“) auf. (rh)

Bildnachweise:
S. 2: Screenshot nsdok.de
S. 3: Hentrich & Hentrich (o.), AlgorithmWatch (u.)
S. 4: Vanessa Hartmann/RomBuK
S. 5: LVR (o.), KGCJZ (u.)
S. 6: FES NRW
S. 7: Omar Victor Diop, Courtesy Galerie MAGNIN-A, Paris
S. 8: Forumtheater Inszene/Melanchthon-Akademie
S. 10: Raimond Spekking, Wikimedia Commons
S. 11: Danny Moran
S. 14: Historisches Archiv der Stadt Köln
S. 15: Raimond Spekking, Wikimedia Commons
S. 16: Katharina Nocun
S. 20: Georg Bungarten/NS-DOK
S. 21: Roland Geisheimer/attenzione
S. 22: ECCAR
S. 23: Kölner Fanprojekt
S. 24: Adobe Stock/ZGV (o.)., Kreisjugendring München-Land (u.)
S. 25: SoR-SmC
S. 26: AAS
S. 27: Wochenschau Verlag

Impressum
Redaktion:
Hans-Peter Killguss
NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln
Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus
Appellhofplatz 23-25
50667 Köln
Tel.: 0221 - 221 27963
Fax: 0221 - 221 25512
E-Mail: ibs@stadt-koeln.de
www.nsdok.de

Sie können den monatlichen Newsletter der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus abonnieren über ibs@stadt-koeln.de. Dafür benötigen wir von Ihnen eine gültige E-Mail-Adresse. Wir verwenden Ihre persönlichen Daten ausschließlich für die Zustellung des Newsletters. Selbstverständlich werden Ihre Daten vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben.

Der Newsletter ist werbefrei und kann jederzeit wieder abbestellt werden. Senden Sie dazu eine E-Mail an ibs@stadt-koeln.de mit der Betreffzeile ‘Newsletter abbestellen’.

Stadt Köln